

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

48 (17.2.1933)

Der Führer

Das badische  Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur
 Herausgeber: Robert Wagner, M. d. L.
 HAUPTORGAN DER NSDAP GAU BADEN

Bezugspreise:

Monatlich RM. 2.10, aus Postauftraggebühren od. Trägeregeld für Gewerbesteuer RM. 1.50 zuzüglich Postgebühren. Bestellungen zum Vorbill. Preis können nur unsere Vertriebsstellen entgegennehmen, Postbes. ausgschl.
 Der „Führer“ erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung. Bei Nichterschienen infolge höherer Gewalt, Verbot durch Staatsgewalt, bei Eindrungen oder Streiks oder dergl., besteht kein Anspruch auf Wiedergabe der Zeitung oder Wahrung der Zeitung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur bis zum 25. jeden Monats auf den Monatsbogen angenommen werden.

Beilagen:

„Der Arbeiter im Betriebe“, „Der junge Freiheitskämpfer“, „Die deutsche Mittelklasse“, „Die deutsche Frau“, „Wundschuß und Salbenkräuter“, „Der unbesiegbare Soldat“, „Wider aus deutscher Vergangenheit“, „Rasse und Volk“

Sonderblätter:

„Merkur-Bundschau“, „Acker- und Wälder-Gesetz“, „Das Orkneyhorn“, „Ortenauer Volksworte“, „Das Kanauerland“

Anzeigenpreise:

Die gezeichneten Millimeterzeile im Angeigentell 15 Pfg. (Kauf- & Tarif 10 Pfg.). Kleine Anzeigen und Familienanzeigen 1 mm Zeile 6 Pfg. Im Zeitlich: die biergehaltene Millimeterzeile 35 Pfg. Niederhaltungsrabatte nach Tarif. Für d. Erscheinen d. Anzeigen an best. Tagen u. Wägen wird keine Gebühr erhoben. Anzeigentag: 12 Uhr mittags am Montag des Erscheinens.

Verlag:

Führer-Verlag G.m.b.H. Karlsruhe i. W., Kaiserstraße 133. Fernsprecher Nr. 7930. Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 2993. Girokonto: Elbdt. Sparkasse, Karlsruhe Nr. 796.

Abteilung Buchvertrieb:

Wolfschart, Karlsruhe Nr. 2925. Geschäftsstunden von 9 bis 12 Uhr. Erschließung u. Verschickung: Karlsruhe i. W.

Schriftleitung:

Hirschfeld, Karlsruhe i. W., Marktstraße 46. Fernsprecher 1271. Redaktion: 12 Uhr am Montag des Erscheinens. Sprechstunden tagl. 11-13 Uhr. Berliner Schriftleitung: Hans Graf, Berlin SW. 61, Wilmersdr. 14. Fernruf: B e r o r d (S) 8063.

Neue Enthüllungen über den Millionendiebstahl preußischer Steuergelder

Severings Griff in die Staatskasse - Ministerialrat Hirschfeld als „Trennhänder“ - Die Empfänger der gestohlenen Gelder

NSK Die „Nationalsozialistische Parteikorrepondenz“ ist in der Lage, folgende aufsehenerregende Enthüllungen aus dem marxistischen Korruptionssumpf der Defizientlichkeit zu übergeben:

Eine Duitung des Herrn Severing, ausgefertigt für die Büroasse des Ministeriums des Innern, lautet folgendermaßen:

„Die vom Reich zur Verstärkung des Fonds Kapitel 91, Titel 50, Ziffer 8, für das Rechnungsjahr 1931 zur Verfügung gestellte Summe in Höhe von 1.400.000 RM. (in Worten eine Million vierhunderttausend Reichsmark) habe ich erhalten. Sie ist von mir im Einkommen mit dem Herrn Finanzminister für Zwecke dieses Fonds veranlagt worden.“

Wir haben bereits darauf hingewiesen, wo für diese 1,4 Millionen RM. verwendet worden sind: Um mit ihnen anlässlich der preußischen Landtagswahl die Wahlpropaganda der Novemberparteien zu bezahlen. Diese Summe, die aus den Steuergeldern armer deutscher Volksgenossen sich zusammensetzte, wurde unter dem Titel „Bekämpfung des Verbrechertums“ verbucht. Eindeutig ist durch die Protokolle der eidlichen Aussagen, besonders des bisherigen Ministerialdirektors Dr. Nobis vom 30. Juli 1932 die Höhe der Summe und ihr Verwendungszweck unter Beweis gestellt worden. Und der Kommissar des Reiches, Dr. Bracht, konnte, als er von den Ämtern, die der aus dem Amt gestiegene Herr Severing zurücklassen mußte, Kenntnis nahm, nur bestätigen, daß es sich tatsächlich so verhält: In ihrer letzten Verzweiflung haben die Novemberparteien aus der Staatskasse sich Wahlgelder verschafft in der Hoffnung, mit solchen Mitteln den Sieg der deutschen Freiheitsbewegung aufhalten zu können, von dem sie wußten, daß er die Abrechnung und den Gerichtstag bedeuten würde über die 14 Jahre marxistischer Verbrechen.

Dr. Bracht stellte fest:

„Es ist richtig, daß auf Weisung des Staatsministers Dr. Severing am 9. Mai ein über die Normalquote hinaus zur Verfügung gestellter Betrag vereinbart wurde. Die Summe wurde mit einem Barheft in einer Höhe von 1,8 Millionen RM. vom Reich überwiesen. Von diesem Betrag wurde eine Summe von 1 Million RM. für den Ministerialrat Dr. Hirschfeld (!) auf seinen Namen auf ein Sonderkonto bei der Preussischen Staatsbank eingezahlt.“

Als man diesen famosen Herrn Hirschfeld persönlich befragte, was er denn schließlich mit dieser Million angefangen habe, da erklärte er katzbunäufig, über die Verwendung des Geldes könne er keine bestimmten Angaben machen. Die Belege über die bezahlten Summen seien auf „Weisung“ vernichtet worden. Er fügte hinzu:

„Aber die Zahlungen im einzelnen kann und will ich Angaben nicht machen.“
 Es ist mehr als begreiflich, daß es dem Herrn Dr. Hirschfeld höchst unangenehm sein mußte, im einzelnen Angaben zu machen.

Aber die Zeit ist nicht mehr fern, wo man sich nicht mehr, wie am 2. August 1932, mit einer solchen Erklärung des Herrn Hirschfeld zufrieden geben wird. Wir haben keine Zweifel, daß der Herr vor dem Staatsgerichtshof sein Erinnerungsvermögen und seine Aussagefähigkeit finden wird. Wir wissen aber auch ohne den Herrn jüdischen Ministerialrat a. D., was aus den Geldern geworden ist. Aus dem Fonds „Zur Bekämpfung des Verbrechertums“, aufgerundet mit 1 1/2 Millionen deutscher Steuergelder, bestritten Zentrum, SPD. und Staatspartei ihre Wahlkosten. Und da sich die drei Parteien selbstverständlich über die Verteilung des Geldes nicht einigen konnten, so mußte der Herr Minister des Innern die Zuweisungen höchst persönlich vornehmen. Damit niemand komme und behaupte, dieses Geld sei etwa für die zweite Reichspräsidentenwahl verwendet worden, stellen wir fest:

daß die Hirschfeld-Million nachweisbar in der Zeit vom 12. bis 23. April 1932 ausgegeben wurde,

die zweite Reichspräsidentenwahl aber am 10. April 1932 stattfand, die preußische Landtagswahl jedoch am 24. April 1932, einen Tag, nachdem das hübsche Konto aufgebraucht war.

Ueber den Betrag von 1.400.000 RM. hat Herr Severing quittiert. Die Behauptung, man habe das Geld für den Verbrecherfonds gebraucht, wird schon als Lüge erwiesen durch die Tatsache, daß der ursprüngliche Etat dieses Fonds in einer Höhe von 360.000 RM. bis in den März 1932 gereicht hat und daß erst dann, im neuen Rechnungsjahr, die umindösen 1 1/2 Millionen RM. aufgewendet wurden.

Was hat man mit dem Geld gemacht?

Vollständig abweichend von der sonstigen Übung sind die 1,4 Millionen in der Büroasse des Verwaltungsdirektors Gantner verbucht worden. Man hat sechs Tonfilmvorführungsgeräte (vielleicht zur Bekämpfung des Verbrechertums?) gekauft, man hat Filme von Wahleredern gekauft, die die Herren Braun, Severing, Klepper und Hirschfelder gehalten haben,

man hat einen Film verfertigt, der den Titel trug „Schwieriger Haushalt“.

Insgesamt sind Ausgaben nachgewiesen in Höhe von 1.402.000 RM. Vom Reich wurden 1,8 Millionen und vom preussischen Finanzministerium 418.000 RM. überwiesen, zusammen 2,2 Millionen RM.!

Der Unterschied von 816.000 RM., der noch übrig bleibt, ist völlig ungeklärt, und wir können den Verdacht nicht von der Hand weisen, daß hier dieser unglückliche Diebstahl am deutschen Steueraufkommen für die Wahlparteiwerke für die Novemberparteien auch noch zur persönlichen Bereicherung irgendwelcher Personen gebiet hat.

Herr Hirschfeld hat von seiner Million gestohlene Herren mit mehr oder weniger großen Gelddeträgen beliefert, um den Wahlkampf anzufurbeln:

Den Herrn Reichstagsabgeordneten Fäcker, Königsberg; Herrn Hansen, Kiel; Herrn Regierungspräsidenten Giffel; Herrn Tokos vom Fackelreiter-Verlag, Berlin; den Herrn Oberpräsidenten Lüdemann, Breslau;

Der Reichskanzler und Frontsoldat Hitler

hilft seinen Kameraden aus dem großen Kriege - Die Vertreter der Kriegsoffer beim Reichskanzler

Berlin, 16. Febr. Reichskanzler Adolf Hitler empfing den Leiter der Reichsleitung der NSDAP für Kriegsofferversorgung, Fg. Oberlindeber, und den Vorsitzenden des Reichsverbandes deutscher Kriegsoffer, Dietrich Lehmann.

Reichskanzler Adolf Hitler versicherte, daß er immer der Kamerad der Opfer sein werde, die mit ihm zusammen 4 1/2 Jahre lang im Weltkrieg an der Front gestanden hätten. Das Kriegsofferproblem dürfe nicht oberflächlich behandelt werden. Die Reichsregierung werde dieses Problem an der Wurzel anfassen. Der Reichskanzler hat den Vorsitzenden des Reichsverbandes, ihn in wichtigen Fällen stets aufzusuchen und ihn laufend über alle Fragen der Kriegsofferversorgung zu informieren. Schon in den nächsten Tagen, so erklärte der Kanzler, werde er die sichtbarsten Härten, die im Laufe der letzten zwei Jahre in der Kriegsofferversorgung zutage getreten seien, beseitigen.

Am Ende der fast einstündigen Unterredung versicherte der Verbandsvorsitzende Lehmann, daß die Kriegsoffer zu dem Reichskanzler und Frontsoldaten Adolf Hitler das Vertrauen hätten, daß er ihre Nöte berücksichtigen und alles, was in seinen Kräften steht, tun würde, um diese Nöte zu lindern.

Dieser Unterredung kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil das erstmal seit 14 Jahren ein Kanzler die Opfer des großen Krieges und damit das heldenhafte Ringen des deutschen Volkes dadurch ehrt, daß er nicht glaubt, die Schwächsten der Schwachen am stärksten belasten zu müssen. Der Reichskanzler setzt mit dem Versprechen, dem auf dem Fuße folgen werden, den Großtaten des deutschen Volkes und dem unerhörten Opfermut der deutschen Front und der deutschen Heimat im großen Kriege das beste und schönste Denkmal.

Eine Entgegnung auf den Schritt der saarländischen Zentrumspresse

* Berlin, 16. Febr. Von gutunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Der Mangel an nationaler Disziplin der saarländischen Zen-

trumspresse, die sich von dem Saarpressenempfang anlässlich des Neunkirchener Unglücks ausdrücklich ausgeschlossen hat, ist außerordentlich zu bedauern. Wenn dieser Schritt damit begründet wird (siehe „Germania“ vom 15. 2.), daß Herr von Papen der Zentrumspartei nationale Gesinnung abgesprochen habe, so ist dies eine bewusste Verleumdung. Herr von Papen hat sich nicht nur seit dem 1. Juni v. J. bewußt von jedem Angriff gegen das Zentrum zurückgehalten, sondern immer wieder, wie zu-

letzt am 11. Februar im Sportpalast, versucht nach dem Zentrumslager eine Brücke zu schlagen. Herr von Papen wisse zu gut die treu-deutsche Gesinnung der katholischen Bevölkerung seiner zweiten Heimat, des Saargebietes, zu schätzen, als daß ihn der Vorwurf berühren könnte, die derzeitige Reichsregierung solle „eine politische Diffamierung“ der im Zentrum organisierten katholischen Bevölkerung ausgesprochen haben.

Die nächsten Maßnahmen

Bevorstehende Aufhebung der Krankenscheingebühr

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Febr. Die Arbeit des Kabinetts Hitler wird auch durch den Wahlkampf nicht aufgehalten. Dinge, zu deren Beratung die bisherigen Regierungen Wochen und Monate brauchten, um dann zum Schluß Maßnahmen zu verkünden, die wirkungslos verpufften, werden von dem Kabinett Hitler in intensiver sachlicher Arbeit beraten und die Durchführungsbefestigungen bieten Gewähr dafür, daß diese Maßnahmen wirklich die erhoffte und erwartete Wirkung haben.

Die Sicherung des deutschen Nährstandes ist durch die Politik des Kabinetts Hitler systematisch vorbereitet worden. Die Erweiterung des Volksernährungsgebietes beweist, daß das Kabinett Hitler die Notwendigkeit erkannt hat, den Bauernstand als die Grundlage des Volkstums nicht nur zu erhalten, sondern dessen Lebensbedingungen so zu gestalten, wie sie sein müssen, um dem deutschen Nährstand die Erfüllung seiner großen Aufgabe zu ermöglichen.

Wie wir hören, dürfte im Rahmen der Hilfsmahnahmen für den deutschen Bauernstand in Wäbe mit der Aufhebung der Schlachtsteuer gerechnet werden.

Ueber die weiteren Maßnahmen des Kabinetts erfahren wir, daß das Kabinett Hitler in erster Linie das Denkmälen der Armen

von den bisherigen Regierungen zugesagte Unrecht wieder gutzumachen bestrebt ist. So rechnet man mit einer unmittelbar bevorstehenden Erhöhung der Renten für die Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen.

Die scheinliche Bestimmung des Reichskanzlers Brüning, die dieser mit gütiger Hilfe der sozialdemokratischen Arbeitervertreter erzwang, die Krankenscheingebühr, wird ebenfalls in aller nächster Zeit aufgehoben werden. Mit Aufhebung des 50 Pfg.-Krankenscheins wird breitesten Kreisen des deutschen Volkes fühlbare Entlastung zuteil, ganz abgesehen von der Wiedergutmachung dieser entwürdigenden Bestimmung, die praktisch darauf hinausläuft, daß nur der Anspruch auf Arznei und ärztliche Hilfe hat, der im Besitz von Geld ist.

Die Krankenkassenmitglieder, die bis jetzt sehen mußten, daß gerade die sozialdemokratischen Krankenkassen-Bonzen die Beiträge ihrer Mitglieder dazu veranlaßten, prunkvolle Mammutbauten zu errichten, werden diese Maßnahmen des Kabinetts Hitler besonders begrüßen.

Auch die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossenen Volksgenossen werden durch Maßnahmen des Kabinetts Hitler schon jetzt fühlbare Erleichterung ihres schweren Loses erfahren.

Gauleiter Wagner spricht:

am 17. Februar in Baden-Baden
 am 18. Februar in Kappelwinded
 am 19. Februar in Berghausen

Herrn Oberpräsidenten v. Bülow in Schneidemühl und seinem Kollegen Lukatschek in Döbeln, nochmals Lüdemann in Breslau; Dr. Siehr in Königsberg; Gronowski, Münster; Kabis, Kiel; Rostke, Hannover; Raas, Kassel; v. Galfern, Stettin, und Dr. Falk, Magdeburg. Es folgen noch verschiedene weitere Ueberweisungen, unter denen eine in der Höhe von 10 000 RM. abermals an Herrn Oberpräsidenten Lukatschek in Döbeln auffällt.

Die Hauptbeträge aber hat Herr Girschfeld selbst abgehoben; jeder Verwendungsnachweis darüber fehlt. Herr Severing ist aber offenbar mit diesen Geldern noch nicht ausgekommen. Er veranlaßt nunmehr die Polizeiverwaltungen, gewisse Beträge

aus dem Fonds für Fahndungskosten zu übernehmen und das Geld der Bürokasse des Ministeriums zur Verfügung zu stellen. Im ganzen erbeutete Herr Severing für seine Wahlzwecke auf diese Weise 224 484 RM. Hier von wurden 150 000 RM. an die Generalstaatskasse überwiesen.

Der Rest von 75 000 RM. wurden Severing über die Polizei-Obersekretärin Fräulein Knöchel ansgezahlt.

Vielleicht kann Herr Severing einmal mittelen, was er mit der immerhin ungewöhnlichen Summe von 75 000 RM. angefangen hat. Auch der Ministerialdirektor Dr. Bracht besaß auf Anweisung der Minister Höpfer-Mschoff und Klepper

ein merkwürdiges Konto in Höhe von insgesamt 241 000 RM., für das jeder Verwendungsnachweis fehlt.

Auch aus diesem Fonds wurde der Kampf gegen die NSDAP. finanziert, hauptsächlich die Blätter des lauberen „Deutschlandbundes“ (Milde) wurden von ihm mit monatlich mindestens 10 000 RM. aus Steuergeldern subventioniert. Daß verurteilten

sozialdemokratischen Bonzen die Prozeßkosten aus öffentlichen Mitteln ersetzt wurden, nimmt kaum mehr wunder. Eritauulich ist nur, wieso der Herr Verteidiger des sozialdemokratischen Bonzen 1000 RM. bekam, während die Kosten des nationalen Anwalts sich nur auf 138,62 RM. beliefen.

Nach all dem hat Herr Braun gewagt, in seiner Denkschrift vom 7. November 1932 zu erklären, daß er mit Nachdruck bestritte, daß die vom Reich angegebenen Zahlen für parteipolitische Zwecke verbraucht worden seien und hat diese Erklärung im Rundfunk noch einmal wiederholt. Alle diese Erklärungen sind bewußt unwahr, und ein deutscher Staatsgerichtshof wird den Herren von der preussischen November-Regierung Gelegenheit geben, aufrichtige Erklärungen abzugeben.

Es ist zu hoffen, daß die Frage, was das preussische Staatsministerium und in seinem Auftrag die beteiligten Beamten Meag, Günther, Baetsch, Girschfeld, Benk und Brecht mit den Steuergeldern des deutschen Volkes angefangen haben, auch noch gerichtlich geklärt wird.

Dieser Skandal, der sich würdig anreicht an die schlimmsten Korruptionfälle der letzten 14 Jahre, wird aber außerdem dazu beitragen, daß das deutsche Volk, dessen Steuergroschen hier veruntreut und verschwendet wurden, am 5. März selbst abrechnet mit denen, die es in so unerhörter Weise bestohlen haben!

stischen Staatsminister ausüben. Ob diese Stimmen dann gültig sein würden oder nicht, möge der Staatsgerichtshof entscheiden.

Für die badische Staatsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Ficht eine Erklärung ab, die sich gegen die Nenernennung der preussischen Staatskommissare zu Bevollmächtigten des Reichsrates wendet und in der hervorgehoben wird, daß sich die badische Regierung zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 20. Oktober 1932 bekennet.

Für das Land Hessen gab Gesandter Nitz die Erklärung ab, daß sich Hessen der Rechtswahrung des Landes Baden anschließen.

Reichsinnenminister Dr. Frit, der den Vorsitz in der Verhandlung führte, betonte, daß für die Reichsregierung einzig und allein die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar d. Js. maßgebend sei.

Der Reichsrat trat dann in die Tagesordnung ein, der Reichsrat solle von der Ernennung der Bevollmächtigten durch den Reichskommissar für Preußen Kenntnis nehmen, ohne zu der Bestellung dieser Vertreter zugrunde liegenden Rechtslage Stellung zu nehmen. Da diese Frage von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abhängig sei, beantrage er, bis dahin die Beratung und Beschlussfassung des Reichsrates auf besondere dringliche Gegenstände zu beschränken und, soweit die Beschlüsse nicht einstimmig gefaßt würden, im Protokoll das Stimmenverhältnis festzustellen.

Für die thüringische Staatsregierung erklärte Minister Müntzel, daß die thüringische Regierung die Lage, wie sie die Reichsregierung gegenüber Preußen geschaffen habe, anerkenne.

Dieser Erklärung Thüringens schlossen sich auch die Vertreter der Länder Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe, Braunschweig-Anhalt und Mecklenburg-Strelitz an.

Die sächsische Regierung ließ erklären, daß sie sich zu dem von Baden gestellten Antrag bekennet.

Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein erklärte, er sei nicht in der Lage, zu den Erklärungen Stellung zu nehmen. Er müsse sich aber gegen einen Beschluß wenden, durch den der Reichsrat sich für längere Zeit selbst aus der Gesetzgebung ausschalten würde. Dieser Erklärung schloß sich der Vertreter Hannovers an.

Reichsinnenminister Dr. Frit stellte hierauf den badischen Antrag zur Abstimmung und erklärte dazu, Beauftragte der Reichskommissare für Preußen würden sich an der Abstimmung beteiligen.

Der Vertreter der Rheinprovinz legte Protest gegen diese Beteiligung ein. Ihm schlossen sich die Vertreter der preussischen Provinzen Hessen-Nassau, Sachsen und Westfalen an.

Ministerialdirektor Sperer erklärte für die bayerische Staatsregierung, Bayern sei unbeschadet der Verordnung vom 6. Februar der Auffassung, daß zur Zeit eine Vertretung der preussischen Landesregierung Braun im Reichsrat überhaupt unmöglich sei.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages mit 39 gegen 26 Stimmen.

Für die Annahme des Antrages stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck und Schaumburg-Lippe, ferner Berlin und die preussischen Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen, Niedererschlesien, Sachsen, Hessen-Nassau, Westfalen und die Rheinprovinz. Dagegen stimmte das preussische Staatsministerium, Thüringen, Mecklenburg, Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und ferner die preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein und Hannover. Die Provinz Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Reichsinnenminister Dr. Frit stellte fest, daß der Reichsrat nunmehr wieder neu konstituiert sei. Er gedachte dann, während sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, des Unglücks von Reutkirch und sprach den Gintertbliebenen das Beileid des Reichsrates aus.

Fünf Millionen Mark Defizit des Landes Baden

Karlsruhe, 16. Febr. In den Monaten April/Dezember des Rechnungsjahres 1932 betragen die Einnahmen des Landes Baden im ordentlichen Haushalt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an die Unternehmungen und Betriebe) 125 294 000 RM. Das Jahresoll ist mit 132 244 000 RM. veranschlagt. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt beziffern sich im gleichen Zeitraum auf 130 333 000 RM. Bei einem Jahresoll von 136 397 000 RM. Es ergibt sich somit eine Mehrausgabe für April/Dezember von 5 039 000 RM. Im außerordentlichen Haushalt sind Anleihen im Gesamtbetrag 738 000 RM. als Einnahme verzeichnet (Zahresoll 890 000 RM.). Vorausgabig sind 602 000 RM., sodas ein verfügbarer Restbetrag von 136 000 RM. verbleibt. Die Einnahmen und Ausgaben für das Wohnungswesen, die außerhalb der Hauptstaatsrechnung verrechnet werden, erscheinen im obigen Ausweis nicht. Das Jahresoll beläuft sich im Einnahme und Ausgabe auf 8 495 000 RM. Vom 1. April bis Ende Dezember 1932 wurden 6 537 191 RM. vereinnahmt, 7 222 714 RM. ausgegeben.

Der Feind wird geschlagen

Die Folgen des Sabotageaktes gegen die Stuttgarter Kanzlerrede

* Berlin, 16. Febr. Im Zusammenhang mit der Störung der Rundfunkübertragung der Stuttgarter Kanzlerrede sind die verantwortlichen Beamten Baurat Ficht und der technische Leiter des Rundfunks Kofes sofort vom Dienst suspendiert worden. Gegen weitere Beamte ist ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden. Inwieweit ein Verstoß der Polizei vorliegt, wird noch untersucht werden.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist aus Anlaß der Störung der Stuttgarter Rundfunkrede des Reichskanzlers außer den bereits genannten Beamten auch Oberpostdirektor Köffinger bis zum Abschluß der Untersuchung außer Dienst gesetzt worden.

Wie vorauszusehen, bringen derartige Sabotage-Akte mehr Störungen in einen gemütlichen Janfbetrieb, als die Stuttgarter Herren erwarteten. Es liegt also nahe, daß derartige Verstehe künftig weniger vorkommen.

Der rote heffische Innenminister geht freiwillig auf Reisen

(1) Darmstadt, 16. Febr. In einer Fraktionsführung der heffischen SPD. wurde am Mittwoch mitgeteilt, daß entsprechend den schon Anfang Januar gefaßten und veröffentlichten Beschlüssen Minister Leuschner dem Ruf der Gewerkschaften folgend am 1. April d. Js. aus seinem Amt anscheiden und seine Tätigkeit beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes antreten werde.

Ein Besuch genügt offenbar, um den Herrn Minister von den Vorgängen einer andersgearteten Tätigkeit zu überzeugen.

Heinrich Mann und Käthe Kollwitz aus der Akademie ausgeschlossen

* Berlin, 16. Febr. Wie die „D.Z.“ meldet, sind Heinrich Mann und Käthe Kollwitz aus der preussischen Akademie der Künste ausgeschlossen. Die Ursache des Rücktritts liegt darin, daß die beiden Persönlichkeiten die Annahme der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei gegen die jetzige Reichsregierung mitunterzeichnet haben.

Die Satze geht in Ordnung

Berlin, 16. Febr. Die weniger durch ihre „Satire“ als vielmehr durch ihre Zoten und Sudeleien unruhig bekannte Wochenzeitung „Die Ente“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen böswilliger Verächtlichmachung

Der Reichskanzler spricht:

In folgenden großen Massenveranstaltungen, die jeweils vom betr. Ortsehrer übertragen werden:

- am 17. Februar in Dortmund
- am 19. Februar in Köln
- am 23. Februar in Frankfurt a. M.
- am 26. Februar in München
- am 28. Februar in Leipzig
- am 1. März in Breslau
- am 2. März in Berlin
- am 3. März in Hamburg
- am 4. März in Königsberg

Vorausichtlich werden die Reden vom 2. und 4. März (Berlin und Königsberg) auf alle deutschen Sender übertragen.

von Mitgliedern der Reichsregierung auf die Dauer von sechs Wochen verboten worden. Aus demselben Grunde wurde die „Rote Bombe“ (Stuttgart) auf acht Wochen verboten. Bis zum 26. März wurde das Organ des Freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes, „Die Gewerkschaft“, verboten, weil sie zum Generalstreik aufgefordert hat. In Mecklenburg hat die Landesregierung wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung die gesamte SPD-Journalistik verboten.

„8 Uhr Abendblatt“ und „Vorwärts“ bis 22. Februar verboten

* Berlin 16. Febr. Aufgrund des § 9, Abs. 1, Ziff. 5 u. 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 sind die in Berlin erscheinenden Tageszeitungen „8 Uhr Abendblatt“ und „Vorwärts“ mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Februar 1933 einschließlich verboten worden. Begründet ist das Verbot des „8 Uhr Abendblattes“ mit dem Artikel in der Dienstag-Ausgabe „Sind Sie nicht auch der Meinung?“, der sich mit den politischen Zusammenhängen in Eisleben beschäftigt. Das Verbot des „Vorwärts“ ist begründet mit ei-

Zentrumsregierung muß eigene Presse verbieten

Karlsruhe, 16. Febr. Nach Mitteilungen der Pressestelle beim Staatsministerium wurde gegen das Zentrumsorgan, das „Heinberger Volksblatt“, in Meßkirch und den „Sinniger Beobachter“, eine nach Bedarf erscheinende kommunistische Druckchrift, ein Verbot ausgesprochen und zwar erstes wegen böswilliger Verächtlichmachung des Reichskanzlers auf drei Tage, letzteres aus dem gleichen Grunde und wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten auf die Dauer von drei Wochen.

Es ist bezeichnend für die tatsächliche Einstellung des Zentrums, daß die badische Zentrumsregierung ihre eigenen Presseergebnisse verbieten muß, jene Zentrumsregierung, die jahrelang gegen den „Ton“ der nationalsozialistischen Presse wetterte. Die Herren Zentrumsredakteure arbeiten offensichtlich bewußt darauf hin, ihre eigene Regierung unter Druck zu setzen. Kann uns nur angenehm sein. Die Zentrumsführung mag sehen, daß sie ihre braven Schäflein im Rahmen der Gesetze hält und

nem Artikel in der Dienstagmorgen-Ausgabe mit der Ueberschrift „Für die Wahrheit — Der Blutsonntag in Eisleben“.

Wichtige Personalveränderungen in Preußen

* Berlin, 16. Febr. Wie der preussische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reiches in Preußen auf Grund des Vortrags des Kommissars des Reiches für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, eine ganze Reihe von Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräten in Preußen in den Ruhestand versetzt und Neuernennungen vorgenommen.

Der Reichstagspräsident ordnet Untersuchung der Vorgänge im Ueberwachungsausschuß an

* Berlin, 16. Febr. Wie die Telegraphen-Union erklärt, hat Reichstagspräsident Göring eine Untersuchung über die Vorgänge im Ueberwachungsausschuß des Reichstages angeordnet. Er wird dafür Sorge tragen, daß künftig ähnliche Vorfälle unterbleiben.

Vollkommen unverständlich

Berlin, 16. Febr. Das vor etwa 14 Tagen ergangene dreitägige Verbot des „Vorwärts“ wurde am Donnerstag vormittag auf die Beschwerde des „Vorwärts“ durch das Reichsgericht aufgehoben. Eine Begründung der Aufhebung steht noch aus.

Rechtlich ist der Beschluß des Reichsgerichts vor allem insofern bedenklich, als dadurch das neue Verbot nicht als zweites Verbot zu werten ist. Bekanntlich kann eine Zeitung nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 bis zu sechs Monaten verboten werden, wenn zwei Verbote innerhalb von drei Monaten vorausgegangen sind.

Die Sitzung des Reichsrats

* Berlin, 16. Febr. Der Reichsrat trat am Donnerstag nachmittag zu einer öffentlichen Vollsitzung zusammen, in der das Land Preußen zum ersten Male durch Beauftragte der Reichskommissare vertreten war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Ministerialdirektor Dr. Sperer im Auftrage der bayerischen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

1. Der Reichsrat ist eine ausgesprochen bundesmäßige Einrichtung zur Wahrung des Ansehens der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches.
2. Die Stimmführung der Länder im Reichsrat muß von der Reichsgewalt unabhängig sein.
3. Die Beteiligung von Reichskommissaren an der Abstimmung im Reichsrat widerspricht also dem Grundbau des Reiches.
4. Jedes deutsche Land ist berechtigt, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Zusammensetzung des Reichsrates zu verlangen, ohne daß ihm hieraus der Vorwurf der Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Landes gemacht werden kann.

Die bayerische Regierung lehnt eine Einmischung in innerpreussische Angelegenheiten

ausdrücklich ab. Sie hält im Einklang mit der Stellungnahme des Staatsgerichtshofes an den dargelegten verfassungsmäßigen Grundlagen des Reichsrates fest und legt deshalb gegen die Beteiligung des Reichskommissars in Preußen oder sonstiger Reichsbeauftragter an der Beratung und Abstimmung im Reichsrat Rechtswahrung ein, weil diese Beteiligung eine dem Wesen des Reichsrates widersprechende Veränderung der Zusammensetzung des Reichsrates bedeuten würde. Nach diesen Grundbegriffen müsse die bayerische Regierung ihre künftige Stellungnahme bemessen.

Anschließend gab Studienrat Dr. Hamacher für die Rheinprovinz, Grenzmark Posen-Westpreußen, Nieder- und Oberschlesien sowie für die Provinzen Sachsen, Westfalen und Hessen-Nassau eine Erklärung ab, wonach diese Provinzen der Erklärung Bayerns zustimmen. Dr. Hamacher teilte weiter mit, daß er diese Erklärung nicht nur im Namen der genannten sieben Provinzen, sondern auch im Namen der preussischen Staatsminister abgebe. Die Staatsminister hätten ihn zu ihrer Vertretung im Reichsrat ermächtigt.

Falls es zu einer Abstimmung kommen würde, würde er das Stimmrecht für die preu-

N.S.-Funk

Die St. Paulskirche in San Francisco wurde am Mittwoch durch ein Großfeuer zerstört. Vier anliegende Gebäude brannten ebenfalls nieder, wobei vier Personen schwere Brandwunden erlitten. Der Pfarrer der Kirche, der der kalifornischen Boykottkommission angehört, hat sich die Feindschaft eines Boykottvereins zugezogen, so daß man Brandstiftung vermutet.

In einer Deffraffinerie in Triest hat sich, wie Berliner Blätter aus Triest melden, eine folgenschwere Explosion ereignet. Bei der Aufstellung eines neuen Diesel-Motors explodierte der Sauerstoffbehälter. Zwei Ingenieure und fünf Arbeiter waren auf der Stelle tot. Fünf weitere wurden schwer verletzt.

Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß alle Nachrichten über die bevorstehende Abfindung von einem oder mehreren Ultimaten an das chinesische Oberkommando oder andere chinesische Stellen nicht den Tatsachen entsprechen. Solche Nachrichten würden, so heißt es in dem japanischen Dementi, von China verbreitet, um die Lage zu erschweren.

Der Berliner Magistrat hat am Mittwoch beschlossen für die Opfer der Reumfischer Katastrophe 8 000 RM. aus Vorbehaltsmitteln des Oberbürgermeisters zur Verfügung zu stellen.

Der Sarg mit den sterblichen Überresten des Kardinals Andreas Frühwirth, der von Dominikaner-Mönchen begleitet wird, ist am Mittwoch früh in Bruck am Mur eingetroffen und wurde von dort im Leichenwagen nach Graz in die Domkirche gebracht, wo er mit militärischen Ehren empfangen wurde.

Aus Anlaß des erfolglosen Revolueranschlags auf den gewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt haben der Reichspräsident und die Reichsregierung den deutschen Botschafter in Washington beauftragt, in ihrem Namen dem Präsidenten Hoover ihre Genugtuung über die Errettung des Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen.

Das Preisgericht, das über die Zuteilung des Hindenburg-Preises zur Förderung des Segelfluges 1932 zu urteilen hat, trat am 15. Februar unter dem Vorsitz des vom Reichspräsidenten hierfür noch bestimmten Ministerialdirektors Dr. Brandenburg zusammen. Der Preis wurde einstimmig dem Diplomingenieur Wolf Girth in Gronau in Anerkennung seiner sportlich und wissenschaftlich gleich hoch zu bewertenden Leistungen ausproben.

Die belgische Regierung ist am Mittwoch nachmittag zurückgetreten.

Die Staatsanwaltschaft III hat jetzt nach Abschluß der Voruntersuchung gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Bankier Wilhelm Hingst Anklage wegen Totschlags erhoben. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 28. Oktober 1932 seine Ehefrau, die Kammerfängerin Gertrud Bindernagel, in den Räumen der Städtischen Oper in Charlottenburg vorsätzlich, jedoch nicht mit Ueberlegung getötet zu haben.

Erbitertes Gefecht zwischen columbianischen und peruanischen Streitkräften

London, 16. Febr. Der Oberbefehlshaber der columbianischen Streitkräfte, General Cobo, stellte, wie in Bogota amtlich mitgeteilt wird, am Mittwoch ein Ultimatum an die peruanischen Truppen in Tarapaca. Von einem columbianischen Truppeneinsatz wurden unter Artilleriedeckung 800 Mann in der Nähe von Tarapaca an Land gesetzt. Sie gerieten in ein erbittertes Gefecht mit peruanischen Streitkräften, bei dem es auf beiden Seiten schwere Verluste gab.

Freiheitsspende

**Kampf gegen den Marxismus!
Kampf gegen die Korruption!
Für ein sauberes Deutschland!**

Das sind die großen Parolen für den 5. März
Hitlers Ruf geht an alle Deutschen.

Su auch Du Deine Pflicht!

Zeichne zum Kampffonds für die Bewegung auf den Listen der Kreisleitungen oder auf Postcheckkonto Gauleiter Robert Wagner, Postcheckkonto Nr. 16723 Amt Karlsruhe.

Heil Hitler! Walter Köhler

Attentat auf Roosevelt

Der Präsident unverletzt - Anschlag der Chicagoer Unterwelt? - Der Chicagoer Bürgermeister Cermak schwer verletzt

Miami, 16. Febr. Auf den zukünftigen amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der sich in Miami (Florida) zur Erholung aufhält, wurde ein Attentat verübt. Es wurden fünf Schüsse abgefeuert, Roosevelt wurde jedoch nicht verletzt.

Der Attentäter verübte den Anschlag, als Roosevelt in den Anlagen von seinem Kraftwagen aus eine Ansprache hielt. Fünf Meter neben Roosevelt stehend feuerte der Attentäter fünf Schüsse ab. Während Roosevelt unverletzt blieb, wurden der in nächster Nähe stehende

Chicagoer Bürgermeister Cermak, sowie 5 weitere Personen schwer verletzt.

Der Menschenmenge Bemächtigten sich eine ungeheure Aufregung. Roosevelt winkte den Leuten zu zum Zeichen, daß er unverletzt geblieben war. Cermak, dessen Zustand besorgniserregend ist, hatte wenige Minuten vor dem Anschlag zwei seiner Leibwächter beimgegriffen. Die Stadtbehörden behaupten, daß der Anschlag nicht Roosevelt, sondern Cermak galt. Es soll sich um einen Versuch Chicagoer Unterweltler handeln, die den ihnen verhassten Bürgermeister töten wollten.

Der Attentäter wurde auf der Stelle verhaftet.

Roosevelt war kurze Zeit vorher von einem mehrtägigen Fischzug mit seiner Motorjacht aus den Bermuda-Gewässern zurückgekehrt, wo er unterwegs wichtige Konferenzen abgehalten hatte.

Der Attentäter gab bei der Vernehmung an, daß er

Joe Zanagara

heißt und aus Newyork stammt. Roosevelt erschien alsbald in dem Hospital, in das die Verletzten geschafft worden waren, und besichtigte sie. Entgegen seiner Absicht, sofort nach Newyork weiterzufahren, verbringt er die Nacht auf seiner Yacht. Von den Verletzten hat der Detektiv George Broadnax einen Schuß in das rechte Auge erhalten.

In Gegenwart von 50 000 Menschen

Wie ergänzend zu melden ist, wurde das Attentat auf Roosevelt in Gegenwart von etwa 50 000 Menschen verübt, die sich bei der Ankunft des zukünftigen Präsidenten eingefunden hatten. Die Schüsse lösten in der riesigen

Menschenmenge einen unbeschreiblichen Tumult aus. Während die Geheimpolizisten, die sich in nächster Nähe Roosevelts aufhielten, den Attentäter verhafteten, rief die Menge: „Gängt ihn an! Schießt ihn nieder!“ Eine Frau, die neben Zanagara stand, war geistesgegenwärtig genug, den Arm des Attentäters nach dem fünften Schuß hochzuschlagen, so daß ein letzter sechster Schuß in die Luft ging. Die zunächst aufgetauchte Vermutung, daß der Anschlag dem Bürgermeister Cermak galt, hat sich als falsch erwiesen. Bei der Vernehmung erklärte Zanagara, ein schwächlicher blonder Mensch, der italienisch spricht, daß er alle Präsidanten und Polizeibeamten töten wolle. Die Polizei hat inzwischen seine Wohnung durchsucht und eine weibliche Person, angeblich die Frau des Attentäters, verhaftet.

Cermak im Sterben - Hoover telegraphiert Roosevelt

Weiter wird gemeldet, daß der schwerverletzte Bürgermeister von Chicago, Cermak, im Sterben liegt.

Die Attentäter, der 33jährige Maurer Giuseppe Zanagara erklärte der Polizei, daß er schon vor zehn Jahren einen Anschlag auf den König von Italien verübt habe. Seine

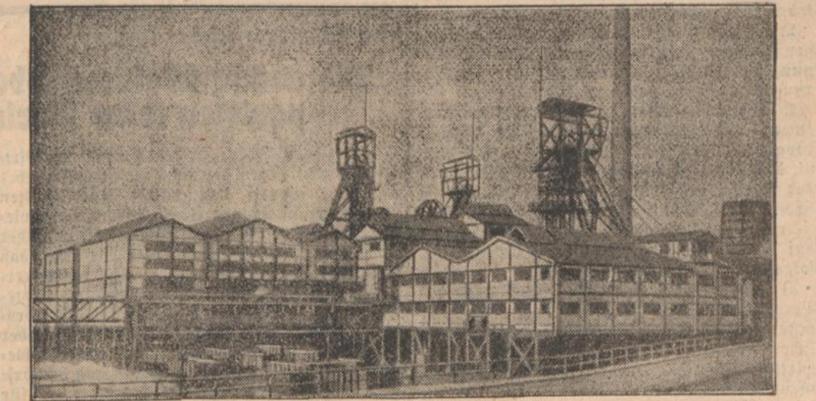
jetzige Tat habe sich gegen Roosevelt und nicht gegen Cermak gerichtet.

Als Präsident Hoover vom Anschlag erfuhr, erklärte er: Ich bin durch die Nachricht tief erschüttert. Es war eine gemeine und feige Tat. Hoover telegraphierte sofort an Roosevelt: Zusammen mit jedem anderen Bürger freue ich mich, daß Sie nicht verletzt worden sind. Ich wäre Ihnen dankbar für Nachrichten über den Zustand Cermaks.

Zanagara über seine Beweggründe

Der Attentäter Zanagara erklärte, er habe stets die Reichen und Mächtigen gehaßt und habe jetzt gehofft, daß er dieses Mal mehr Glück als vor zehn Jahren haben werde, als er sich in Italien eine Pistole kaufte, um den König Viktor Emanuel zu erschließen. Durch einen merkwürdigen Zufall sei aber daselbe wie damals eingetreten, nämlich, daß eine zu dichte Menschenmenge ihn daran gehindert habe, sein Opfer zu töten. Er habe Roosevelt töten wollen, weil er infolge einer Magenoperation an dauernden Schmerzen gelitten habe.

Nach einer Röntgendurchleuchtung wurde der Bürgermeister von Chicago, Cermak, operiert.



Der Schauplatz der Bergmanns-Tragödie. Blick auf das Zechenhaus der „Königin-Luise“-Grube.

Helden der Arbeit

Sechs Bergleute Opfer des Grubenunglücks in der Zeche „Königin Luise“

Hindenburg, 16. Febr. Das Oberbergamt Breslau teilt um 11.30 Uhr mit: „Von den auf der „Königin-Luise“-Grube Verunglückten sind bisher sieben Mann geborgen worden. Von den gestern geretteten Leuten ist inzwischen einer seinen Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der Ueberlebenden drei beträgt. Drei Leute liegen noch unter den Brücken; zwei von ihnen, die tot sind, werden voraussichtlich im Laufe des Tages freigelegt werden. Die Lage des letzten Verschütteten ist noch unbekannt.“

Der Unfallanschlag trat heute auf der Grube zusammen. Das Zubruchgehen des Pfeilers dürfte nach übereinstimmender Ansicht auf ungenügende Spannungsverhältnisse im Gebirge zurückzuführen sein, die zum Teil durch alten Raum in höhergelegenen Flözen, zum Teil durch Alpenabbau einer benachbarten ostoberschlesischen Grube verursacht sind.

Militäraktion gegen die Streikenden in Bukarest

4 Tote, zahlreiche Verletzte

Bukarest, 16. Febr. (Telephonverbindung wieder hergestellt.) Die Räumung der von streikenden Eisenbahnarbeitern besetzten Eisenbahnwerkstätten in Bukarest ist heute morgen gewaltsam durchgeführt worden, wobei es auf der Seite der Armee einen Toten und zwei Schwerverletzte und auf der Arbeiterseite drei Tote und zahlreiche Verwundete, darunter 16 Schwerverletzte, gegeben hat. Die Säuberungsaktion begann bereits am Mittwoch abend. Es waren Scheinwerfer und Maschinengewehre in Stellung gebracht worden.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Regierung dauerten zunächst die ganze Nacht, so daß die Truppen bei lodernen Feuern auf der Straße bivouacieren mußten. Die Arbeiterschaft forderte Aufhebung des Belagerungszustandes. Diese Forderung wurde abgelehnt. Die ganze Nacht über kam es zu kleineren Zusammenstößen mit Soldaten und Polizisten, die aber harmlos verliefen.

Heute früh spitzte sich die Lage zu. Die Arbeiter begannen die Truppen mit Pistolen zu beschießen, die darauf ihrerseits in der Notwehr von der Waffe Gebrauch machten und zum Angriff übergingen. Binnen kurzem waren die Werkstätten, in denen sich noch etwa 2000 Streikende befanden, gewaltsam geräumt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich sehr viele fremde Agenten. Zur Zeit ist die Ruhe wieder hergestellt.

Kommunistische Geheimversammlung in Saloniki von der Polizei aufgelöst

Blutige Zusammenstöße, 7 Tote

Athen, 16. Febr. In Saloniki kam es am Mittwoch spät abends zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Etwa 400 Kommunisten hielten in einem geschlossenen Raum eine Geheimversammlung ab. Die Polizei überrastete sie dabei und verhandelte zunächst zwei Stunden vergeblich, um eine friedliche Auflösung der Versammlung zu erreichen. Schließlich gaben die Polizeibeamten Luftschüsse ab und versuchten den

Saal gewaltsam zu räumen. Es entstand ein Panik, wobei sieben Arbeiter in einem engeren Treppenhause totgedrückt wurden. Im Verlauf der Tätlichkeiten sollen angeblich 115 Personen verwundet worden sein. Die Polizei verhaftete 80 Kommunisten, darunter mehrere bekannte Nadelsticker.

Blutige Straßenkämpfe in Oviedo

Paris, 16. Febr. Nach einer Meldung aus Madrid, ist es in Oviedo zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten, der Bürgergarde und der Polizei gekommen. Streikende Grubenarbeiter waren in der Nacht zum Donnerstag im Arbeiterviertel Oviedos fünf Bomben, von denen die eine unmittelbar vor der Bank von Asturias und die vier anderen vor der sozialistischen Genossenschaft explodierten und großen Schaden anrichteten. Die Hauptkabel der elektrischen Lichtleitung wurden durchgeschnitten, so daß die Stadt in tiefes Dunkel gehüllt war. Polizei und Bürgergarde versuchten die Kundgebung zu zerstreuen. Dabei kam es in verschiedenen Stadtvierteln zu schweren Straßenkämpfen, die zahlreiche Tote und Verletzte forderten.

Die amerikanische Autofabrik Willys überland in Konkurs?

Newyork, 16. Febr. Die alte amerikanische Autofabrik Willys Overland hat, wie aus Toledo (Ohio) gemeldet wird, das Konkursverfahren gegen sich beantragt. Die Fabrik, die etwa 8000 Arbeiter beschäftigt, hatte im Jahre 1929 einen Umsatz von 60 Millionen Dollar. Der Inhaber John Willys war bis zum vorigen Jahr amerikanischer Botschafter in Warschau.

Die Bundesgenossen der „Grande Nation“

Terrorakte polnischer Dredgefindels gegen deutsche Bevölkerung

Berlin, 16. Febr. Ein Winterfest, das der Deutsche Landbund in Eggerstühne, Kreis Kartaus, veranstaltete, wurde aus Karikatur von acht Polen, unter denen sich ein Lehrer und ein polnischer Grenzbeamter befanden, gewaltsam gestört. Die Polen schlugen mit Holzschlägern, Stöhlen und Knütteln auf sie Anwesenden ein. 40 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, darunter auch zahlreiche Frauen. Dem Staatsanwalt ist Anzeige erstattet worden.

Adolf Hitlers Rettungswerk

Zum Schutze des deutschen Bauern

Kein Bauer darf mehr von seiner Scholle vertrieben werden!

Nachstehende Meldungen erschienen nur in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe. Sie werden daher für die Gesamtanlage wiederholt.

Die Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz

* Berlin, 15. Febr. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. Februar 1933 beschränkt sich im wesentlichen auf die folgenden zwei Sätze:

1. Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke dürfen, vorbehaltlich der in der Ausführungsverordnung zu bestimmenden Ausnahmen, in der Zeit bis zum 31. Oktober 1933 nicht durchgeführt werden.

2. Zwangsvollstreckungen in das bewegliche Betriebsvermögen des Landwirts und in seinen und seiner Familie Hansrat sind, vorbehaltlich der in der Ausführungsverordnung zu bestimmenden Ausnahmen, bis zum 31. Oktober 1933 nicht zulässig.

Die Änderungen, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand aus der Verordnung des Reichspräsidenten und der Ausführungsverordnung ergeben, sind folgende:

1. Allgemeine Norm für die Immobilienzwangsversteigerungen: einstweilige Einstellung des Verfahrens kraft Gesetzes bis zum 31. Oktober 1933 (und zwar auch dann, wenn der Zuschlag bei Inkrafttreten der Verordnung schon erteilt, aber noch nicht rechtskräftig war) — vorzeitige Fortsetzung des Verfahrens nur auf Antrag des Gläubigers, und zwar unter folgenden Ausnahmefällen:

a) Nichterfüllung der nach Inkrafttreten der Verordnung fällig werdenden Annuitäten der ersten Hypothek — Gegenstand: natürlicher Notstand (Unwetterbeschäden usw.) oder wirtschaftlicher Notstand infolge Preiskonjunkturverhältnisse.

b) Vortreibung des Verfahrens wegen Forderungen aus Betriebslohnverträgen bzw. aus Lieferungen oder Leistungen für die Erntejahre 1932 oder 1933 — ebenfalls Gegenstand: natürlicher oder wirtschaftlicher Notstand wie zu a).

c) Nicht ordnungsmäßige Wirtschaftsführung.

d) Ausichtslosigkeit der Entschuldung bei den aus dem Dampfbetriebserwerbungsverfahren entlassenen Grundstücken.

2. Beschränkung der Mobilienzwangsvollstreckung ebenfalls bis zum 31. Oktober 1933: Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das gesamte, zum Betriebe gehörige bewegliche Vermögen einschließlich des Hansrats (mit Ausnahme von Luxusgegenständen).

Gruppierung der Forderungen in a) privilegierte, b) nicht-privilegierte, denen die Mobilienzwangsvollstreckung in das unter Vollstreckungsschutz stehende Vermögen ganz verlagert ist.

Scheidung der privilegierten Forderungen in a) solche, aus denen in das geschützte Betriebsvermögen vollstreckt werden kann, bei denen aber der Vollstreckung der Einwand des Notbedarfes entgegenzusetzen werden kann.

(Insbesondere Betriebskredite und Lieferungen und Leistungen für die Erntejahre 1932 und 1933, die laufenden Annuitäten der ersten Hypothek, Steuern und Sozialabgaben, soweit sie für die Zeit seit dem 1. April 1932 geschuldet werden.) b) solche, deren Vollstreckung nur den sich aus den allgemeinen Gesetzen ergebenden Beschränkungen unterliegt.

(Insbesondere laufende geschuldete Unterhaltungsansprüche, Lohnforderungen auch für die Vergangenheit, die laufenden Sachversicherungsprämien.) Beschränkung der Pflicht zur Ableistung des Offenbarungseides.

3. Besondere Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegen Siedler, insbesondere aus Räumungsurteilen.

Zur neuen Verordnung über den Vollstreckungsschutz

* Berlin, 15. Febr. Zu der Verordnung über den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft wird von zuständiger Stelle noch folgendes mitgeteilt: Allein der feste Wille, die zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft eingeleiteten Maßnahmen durchzuführen und die Ueberzeugung von ihrem Erfolge haben zu dem schwerwiegenden Entschluß Veranlassung gegeben, den gegenwärtigen Vollstreckungsschutz auch über die erst vor wenigen Wochen getroffenen Maßnahmen hinaus zu erweitern. Besondere Unterbreitung bedarf der Hinweis auf das Interesse der Gläubiger. Es handelt sich hier nicht um einen ausschließlichen Konflikt Schuldner — Gläubiger. Der gleiche Konflikt besteht zwischen den rangbesseren und rangschlechteren Gläubigern.

Gelingt es durch die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen, wenn auch unter zeitweiligen Opfern der Gläubiger, die Betriebe durch die Krisenzeit durchzuhalten bis zu der Zeit, wo aus der Ernte größere Vorräte erzielt werden, so ist Schuldner wie Gläubiger unendlich viel mehr gedient als mit einer Liquidation der Substanz.

Auf der anderen Seite ist die Rehrseite durchaus nicht zu verkennen. Die Reichsregierung und ebenso die Kreise, die den Vollstreckungsschutz befürworten haben, verschließen sich keineswegs den Gefahren, die der Vollstreckungsschutz begreiflicherweise in sich schließt. Daß der landwirtschaftliche Vollstreckungsschutz kein vollkommener sein kann, daß sowohl im Interesse bestimmter Gruppen von Gläubigern wie auch im Interesse des auf Kredit angewiesenen Schuldners von dem Vollstreckungsschutz weitgehende Ausnahmen gemacht werden müssen, wird von dem Befürworter des Vollstreckungsschutzes absolut anerkannt. Ebenso wird von denjenigen, die den Vollstreckungsschutz grundsätzlich bekämpfen, in keiner Weise in Abrede gestellt, daß für diese Krisenzeit gewisse Hilfsmaßnahmen unbedingt notwendig sind und daß es ganz unmöglich ist, die Zwangsvollstreckung in der jetzigen Krisenzeit ebenso laufen zu lassen wie in früheren Zeiten.

Durch die Verordnung wird insgesamt der ordentlich wirtschaftende Bauer vor der Zwangsvollstreckung geschützt, während böswillige Schuldner nach wie vor zur Abdeckung ihrer Verpflichtungen angehalten werden. Unter Umständen wird sich an diese Verordnung noch eine Sicherung für die kleinen Gläubiger des Handwerks und Mittelstandes anschließen. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, besteht der Zweck der Verordnung über den Vollstreckungsschutz vor allen Dingen darin, eine

Der Staatsgerichtshof spricht:

Die neuen Wahlrechtsbestimmungen für Splitterparteien keine Verletzung der Verfassung

* Berlin, 16. Febr. Zu dem Protest der Wirtschaftspartei gegen die neue Bestimmung über die Beibringung von 60 000 Unterschriften wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß sich der Staatsgerichtshof zwar früher einmal auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Zahl der Unterschriften nicht unnötigerweise erhöht werden solle, weil dadurch naturgemäß das Abstimmungsgeheimnis durchbrochen werde. Der Staatsgerichtshof hat aber diese ältere Entscheidung losgelöst von der Gesamtheit der Wahlrechtsgrundzüge und im übrigen die Kantelen gegen Splitterparteien für zulässig erklärt, weil oberster Grundsatz der Verfassung das parlamentarische Regierungssystem sei. Das parlamentarische Regierungssystem verlangt große politische Parteien und es ist unmöglich, mit Splitterparteien dieses System zur Funktion zu bringen. Der Staatsgerichtshof sah daher keinen Anlaß, hierin eine Verletzung der Verfassung zu erblicken.

Kein Wahlrecht für Auslandsdeutsche im Ausland

* Berlin, 16. Febr. Von auslandsdeutscher Seite ist angeregt worden, bei den deutschen Konsulaten im Ausland die Möglichkeit der Stimmabgabe für die Reichstagswahl zu schaffen. Einem derartigen Verlangen kann nicht entsprochen werden, da ein Wahlrecht für Auslandsdeutsche im Ausland nicht besteht. Eine derartige Forderung war bereits 1919 bei der Nationalversammlung erhoben worden. Die damalige Reichsregierung hatte auch entsprechende Gegenschritte vorbereitet, die aber nicht in Kraft gesetzt worden sind. Mit den neuen Bestimmungen über das Wahlgesetz ist nur das Wahlrecht der zur Zeit der Wahl im Deutschen Reich weilenden Auslandsdeutschen geregelt worden. Das entsprechende Werkblatt liegt in allen reichsdeutschen Kolonien aus.

Dieselben Listennummern bei den Preussischen Landtags- und Kommunalwahlen

* Berlin, 16. Febr. Das kommissarische preussische Staatsministerium hat nunmehr sämtlichen Behörden die gesetzlichen Bestimmungen und Ausführungsverordnungen zur Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahl mitgeteilt. Dabei ist angeordnet worden, daß diejenigen Parteien, die Wahlvorschlüsse für den Landtag einreichen, bei den Kommunalwahlen die gleiche Listennummer erhalten wie bei der Landtagswahl. Da die Listennummern der großen Parteien auch bei der Reichstagswahl dieselben sind wie bei der Landtagswahl bleibt es bei allen Wahlen für die Nationalsozialisten bei 1, SPD, 2, KPD, 3, Zentrum 4, DNVP, 5 usw.

Madensien kandidiert nicht

* Berlin, 16. Februar. Die kürzlich verbreitete Meldung, daß Generalfeldmarschall von Madensien für den „Kampfblock Schwarz-weiß-rot“ bei der kommenden Reichstagswahl kandidieren werde, trifft, wie dem „Stettiner General-Anzeiger“ aus Kreisen, die dem Generalfeldmarschall nahe stehen, mitgeteilt wird, nicht zu. General-

wörter des Vollstreckungsschutzes absolut anerkannt. Ebenso wird von denjenigen, die den Vollstreckungsschutz grundsätzlich bekämpfen, in keiner Weise in Abrede gestellt, daß für diese Krisenzeit gewisse Hilfsmaßnahmen unbedingt notwendig sind und daß es ganz unmöglich ist, die Zwangsvollstreckung in der jetzigen Krisenzeit ebenso laufen zu lassen wie in früheren Zeiten.

Durch die Verordnung wird insgesamt der ordentlich wirtschaftende Bauer vor der Zwangsvollstreckung geschützt, während böswillige Schuldner nach wie vor zur Abdeckung ihrer Verpflichtungen angehalten werden. Unter Umständen wird sich an diese Verordnung noch eine Sicherung für die kleinen Gläubiger des Handwerks und Mittelstandes anschließen. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, besteht der Zweck der Verordnung über den Vollstreckungsschutz vor allen Dingen darin, eine

Voransetzung für die Entschuldung zu schaffen, für die nunmehr in sachlich erforderlichem Umfang die nötige Zeit zur sorgfältigen Vorbereitung gewonnen worden ist.

Ein Staatssekretär für das Handwerk

* Berlin, 16. Februar. Wie wir erfahren, plant die Reichsregierung, den Wünschen des Handwerks und Mittelstandes entsprechend, ein besonderes Staatssekretariat für Handwerk und Mittelstand innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums zu schaffen. Die Ernennung eines Staatssekretärs für Handwerk und Mittelstand soll unmittelbar bevorstehen.

Säuberung im Rundsunt

Rundsunkommissar Conrad amtsentlassen * Berlin, 16. Febr. Der politische Rundsunkommissar Oberregierungsrat Conrad, der seit dem Rücktritt von Ministerialrat Scholz die politische Aufsicht über den deutschen Rundsunk führte, ist nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ am Dienstag nachmittag nach einer Besprechung des Reichsinnenministers Frid sofort seines Amtes entlassen worden. Nachfolger Conrads wurde sein persönlicher Referent Krudenberg.

Polizeifondskommissar für Rheinland-Westfalen ernannt

* Necklinghausen, 16. Febr. Der höhere Polizeiführer teilt mit: Der preussische Minister des Innern hat mit sofortiger Wirkung über die Wahlzeit hinaus den höheren Polizeiführer im Westen, Polizeikommandeur Stieler von Heidekamp, zum Sonderkommissar mit besonderen Vollmachten für die Provinz Westfalen und Rheinland ohne Sigmaringen bestellt. Als Chef des Stabes tritt zu ihm Polizeimajor von Oven. Der frühere Polizeiführer im Westen, der dem preussischen Innenminister unmittelbar unterstellt ist, übernimmt die einheitliche Leitung der gesamten staatlichen und kommunalen Polizei sowie der Landfägerei in Rheinland und Westfalen. Seine Anordnungen ergeben im Auftrage des Innenministers.

Kommunistische Verschwörung im Reichstag

Polizei beschlagnahmt belastendes Material * Berlin, 16. Febr. Die Polizei nahm am Dienstag abend mit Genehmigung der zuständigen Stellen wegen dringenden Verdachts vorbereiteter Handlungen zum Hochverrat eine Durchsuchung in Räumen des Reichstages vor, in denen eine kommunistische Versammlung von Angestellten- und Betriebsvertretern tagte. Es wurde in den durchsuchten Räumen eine große Anzahl Material beschlagnahmt, das zur Zeit noch der Sichtung unterliegt.

Eiserne Front-Banditen ermorden E.S.-Mann

(1) Siegburg, 16. Febr. In der Nacht auf Mittwoch kam es in Siegburg im Kreise Buer in der Nähe des sozialdemokratischen Volkshauses zu einem Zusammenstoß zwischen E.S.-Leuten und Mitgliedern der Eisernen Front. Dabei wurde geschossen. Der E.S.-Mann Müller aus Duisburg wurde durch Kopfschuß so schwer verletzt, daß er an den Folgen im Krankenhaus kurz darauf starb.

Humor des Tages

Der Jungdeutsche Orden, der sicherem Vernehmen nach noch existieren soll, hat nach einer aus Berlin datierten Meldung beschlossen, gegen das Kabinett der nationalen Erhebung in die „nationale Opposition“ zu gehen. Viel Spaß!

Die tatsächlichen Vorgänge im Reichstagsüberwachungsausschuß

Hg. Dr. Frank II an den Reichstagspräsidenten Göring

* Berlin, 16. Febr. Hg. Dr. Frank II hat an den Reichstagspräsidenten Göring folgenden Schreiben gerichtet:

„Trotz der Erklärungen der nationalsozialistischen deutschen Reichstagsfraktion, wonach sie den Abgeordneten Loebe als Vorsitzenden des Überwachungsausschusses als dieser Funktion unwürdig bekämpfen müsse, solange Herr Loebe nicht die von ihm begangene ungeheure Verabwürgung Adolf Hitlers durch die Bezeichnung „Adolf der Slowake“ mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns zurücknimmt, hat Herr Loebe heute wieder versucht, den Vorsitz im Überwachungsausschuß auszuüben. Da die Nationalsozialisten nicht gewohnt sind, an ihren Erklärungen rütteln zu lassen, bemüht sich der nationalsozialistische Mitglieder des Überwachungsausschusses starkste und sich steigende Erregung mit dem Augenblick, als Herr Loebe die Eröffnung der Sitzung des Überwachungsausschusses verkündete.

Ich habe daraufhin, bei sofort eintretender Ruhe erklärt, daß, infolge der Stellungnahme der größten Fraktion zu Herrn Loebe, Herr Loebe tatsächlich verhindert ist, den Vorsitz im Überwachungsausschuß zu führen und somit — um überhaupt eine sachliche Sitzung des Überwachungsausschusses zu ermöglichen — der stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz zu übernehmen hat.

Darauf hin begab ich mich an den Platz des Herrn Loebe. Herr Loebe trat ohne weiteres zurück. Tugend eine Gewalttat, Herr Loebe ein Beschriebener des Herrn Loebe hat nicht stattgefunden. Ich eröffnete als stellv. Vorsitzender, geschäftsordnungsgemäß legitimiert, durch die Veränderung des Vorsitzenden die Sitzung, hielt, während sich die Mehrzahl der Abgeordneten von den Plätzen erhob, eine Gedekrede auf die Reinkirchner Opfer, schloß dann zum Zeichen der Trauer die Sitzung, vertagte den Überwachungsausschuß auf unbestimmte Zeit und erklärte, daß den Abgeordneten für den Fall der Wiedereinberufung des Ausschusses rechtzeitig Einladungen zugehen würden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten hatten während meiner Trauerrede den Saal verlassen.

Es soll sich in der Erregung über dieses würdelose Verhalten der Marxisten, die sich selbst in einer so schmerzlichen Gedekrede außerhalb der Volksgemeinschaft stellten, ein Vorfall zugetragen haben, bei dem einem Mitglied des Ausschusses, das während meiner Trauerrede die Zigarre im Mund gehalten hatte, die Zigarre aus dem Mund genommen wurde. Ich war nicht Zeuge dieses Vorfalls und muß daher näheren Bericht darüber vom Fraktionsbüro abwarten.

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, namens der nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses den gänzlich verlogenen, ja verleumderischen Darstellungen der Sitzungsvorgänge, die von den Marxisten gegeben werden, entgegenzutreten.

Ich lege gegen diese verleumderischen Entstellungen des wahren Vorganges bei Ihnen, Herr Präsident, nachdrücklich Verwahrung ein und bitte sie um den Schutz der nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses in der Wahrung ihrer Rechte.“

Hg. Frank II verklagt das „Berliner Tageblatt“

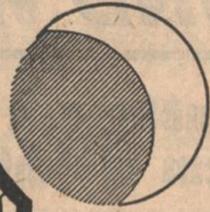
* Berlin, 16. Febr. Die Presseleitung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion teilt mit:

„Abgeordneter Dr. Frank II hat bei der Staatsanwaltschaft für den Landgerichtsbezirk Berlin Strafanzeige gegen den Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“, Dr. Berthold, wegen Beleidigung erstattet, und zwar wegen der in der Abendausgabe des Blattes vom 14. d. M. unter der Überschrift „Anschluß wieder gesprengt“ enthaltenen bewußt unwahren und beleidigenden Sachdarstellung.

Außerdem hat Abg. Dr. Frank II den Reichstagspräsidenten in einem Schreiben ersucht, den gänzlich verlogenen und verleumderischen Darstellungen der Sitzungsvorgänge, wie sie von Marxisten gegeben werden, entgegenzutreten.“

Die Brüder vom Blauen Mond

von F.K. Wagner



8. Fortsetzung.

Karl Alexanders Mißtrauen war erwacht, doch er fand trotz allen Grübelns keine genügenden Anhaltspunkte, um im Augenblick irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Aber er sah nun auf einmal vieles in einem anderen Licht.

„Wenn es doch nur um des Geldes willen wäre?“ beendete der Prinz halblaut seinen Gedankenengang.

Philippa Monti fuhr überrascht auf.

„Wie meinten Sie, Hoheit?“

„Ach, entgegnete der Prinz und lächelte verlegen, weil er seinen Zweifel so laut Ausdruck gegeben hatte, jeder Schritt unseres Lebens führt an gefährlichen Stellen vorbei, und nie wissen wir, wie nahe man sich an solche Abgründe heranwagen soll...“

„Bereiten Ihnen die nächsten Stunden so viele Sorgen, Hoheit?“ fragte Philippa teilnahmsvoll.

„Gewiß... Und wenn ich ehrlich sein will, ich hätte nichts dagegen, wenn unser Wagen seine Fahrt fortsetzen würde, bis wir die Grenzpfähle dieses Landes hinter uns hätten.“

„Wäre das ein so unerfüllbarer Wunsch?“

Prinz Alexander wies nach rückwärts auf Ortiz.

„Glauben Sie, daß Chagüe dies gestatten würde?“

„Der Spanier...! Welche Macht hat er über Sie, Hoheit?“ entgegnete Montis Schwester voll Zweifel.

Der Prinz suchte leicht mit den Achseln. „Macht... Es gibt eben Situationen, in denen man gezwungen ist sich auf eine Seite zu schlagen, auch wenn es vielleicht nicht die beste ist. Wer aber zwingt Sie, mein Fräulein, in die Gesellschaft der Brüder vom Blauen Mond? Sie sprechen von Macht! Müßten nicht auch Sie den Befehlen gehorchen?“

Philippa senkte den Kopf und schwieg.

Beide hingen nun wieder ihren eigenen Gedanken nach, so daß kein Gespräch mehr zwischen ihnen aufkam.

Inzwischen tauchten rechts und links von der Straße einzelne Häusergruppen auf, jene kleinen Kolonien, die sich wie vorgeschobene Posten um die großen Städte lagern. Die beiden Automobile fuhren wiederholt über Brücken und kreuzten verschiedene Schienenstränge. Von Kilometer zu Kilometer wurde der Verkehr dichter, Fahrzeuge aller Art kamen ihnen entgegen.

Bill Smal blickte auf seine Armbanduhr und sagte zu Forten:

„In einer Viertelstunde sind wir in der Stadt.“

„Wo bleiben wir?“ fragte Charles.

„Chagüe hat Befehl gegeben, ins Majestic“ zu fahren.“

„Und was geschieht dann...? Wie weit sind die Ereignisse gediehen? Chagüe muß doch endlich eine Entscheidung herbeiführen.“

„Man sollte wenigstens annehmen, daß nun die große Schlacht endlich geschlagen wird“, antwortete Bill. „Die Vorbereitungen haben lange genug gedauert.“

„Ja“, sagte Forten nachdenklich, „die Würfel sind gefallen, und das Heer rüstet sich zur Entscheidung. Die nächsten Tage und Nächte werden anstrengend für uns sein, anstrengend und gefährlich...!“

„Was war heute nacht mit dir?“ fragte Bill unvermittelt. „Wer hat dich überfallen...?“

„Sagte ich etwas von einem Überfall?“ gab der Major zurück. „Vielleicht bin ich über eine Treppe gestürzt oder bin in einem der finsternen Gänge von Welfort gegen eine Mauer gerannt...“

„Das ist nicht wahr! Aber schließlich ist es deine Angelegenheit und nicht die meine. Wenn du Gründe hast über dein nächtliches Abenteuer zu schweigen, mir ist es recht.“

Kurze Zeit darauf hielten die beiden staubbedeckten Automobile vor dem Hotel „Majestic“. Man ließ dem Prinzen den Vortritt, der vom Hoteldirektor zeremoniell empfangen wurde. Karl Alexander wurde auch von einigen Leuten, die sich im Foyer aufhielten, erkannt, doch entzog er sich rasch allen neugierigen Blicken. Nur Philippa reichte er herzlich die Hand und verabschiedete sich von ihr mit ein paar freundlichen Worten.

Bill Smal, der wieder ganz seine Rolle als Chauffeur spielte, wartete vor dem Hoteleingang auf weitere Aufträge.

„Fahren Sie den Wagen in die Hotelgarage, Sie bleiben vorläufig hier zur Verfügung des Prinzen“, befahl Chagüe laut.

„Jawohl.“

Porten war im Wagen sitzen geblieben und Chagüe räumte die Stirn.

„Halt!“ sagte er, als sich das Auto in Bewegung setzte.

Der Major verstand, was der Spanier wollte und stieg aus.

„Du fährst mit uns“, sagte dieser, „deine Rolle als Diener des Prinzen ist zu Ende.“

Inzwischen hatte César Monti ein Autotaxi angehalten. Er flüsterte noch mit Chagüe und stieg dann rasch mit seiner Schwester in das

Automobil. Sie hätte gerne noch zu Forten etwas gesagt, aber ihr Bruder drängte mit auffälliger Hast zum Ausbruch. So blieb dem Major nichts anderes übrig, als dem Befehl des Spaniers zu gehorchen. Am Steuer saß jetzt William Noel, der sofort abfuhr, nachdem Forten eingestiegen war.

Obwohl die Ankunft der beiden Automobile vor dem riesigen Hotel nichts Auffallendes war, erregte sie doch das Interesse eines ungefähr fünfzig Jahre alten Herrn, der auf der anderen Straßenseite schon seit einiger Zeit wie ein müßiger Spaziergänger langsam auf und ab ging. Er war von kleiner Statur, hatte eine rötliche Gesichtsfarbe, kluge, kühl blickende Augen und einen kleinen, schon stark grau melierten englischen Schnurrbart. Ohne Anspruch auf besondere Eleganz zu erheben, war seine Kleidung doch von jener einfachen Schlichtheit, wie sie gerne vom wohlhabenden Mittelstand getragen wird.

Als sich Chagüe in das Hotel begeben hatte, wartete er noch ungefähr zehn Minuten und folgte dann dem Spanier.

Er schien hier erwartet zu werden, denn kaum hatte er das Foyer betreten, gestellte sich zu ihm ein anderer Herr, der ihn wie einen alten Bekannten begrüßte und in die Direktionskanzlei des Hotels führte.

Herr Klemm — er besaß im Hotel „Majestic“ die Stelle eines ersten Direktors, blickte erwartungsvoll auf seinen Besucher und bot ihm einen Platz an.

„Nun, Herr Inspektor“, fragte er mit großem Interesse, „haben Sie etwas herausbekommen?“

Inspektor Oliver Pan zündete sich nachdenklich eine von den Zigarren an, die ihm der Direktor über den Tisch hinschob.

„Ja“, entgegnete er, „die Ankunft des Prinzen und seiner Begleiter war nicht ohne Bedeutung für mich. Sagen Sie, wer ist der Spanier, dieser José Ortiz Chagüe?“

Fortsetzung folgt.

Wetten können gefährlich werden / Von Wolff-Sperl

Der Mann der 25 Zentner trug - Ein Kellner bringt zu Fuß eine Bestellung von Hamburg nach Basel - Warum der Rittmeister den Bauch seines Obersten sehen wollte

In Rotterdam sprang kürzlich ein Waghalsiger von einem 72 Meter hohen Turm ins Wasser. Das Unternehmen gelang, und die Holländer, die mit recht gemischten Gefühlen die Nachricht aufnahmen, erfuhren, daß ihr Landsmann sein Leben um einer Wette willen aufs Spiel gesetzt hatte. Viele wünschten ihm dabei eine ordentliche Tracht Prügel, zumal zwei Tage später ein anderer junger Mann beweisen sollte, daß er nicht weniger zu leisten imstande war als der Wettkämpfer. Leider überschätzte er seine Geschicklichkeit, und die Feuerwehr hatte die traurige Aufgabe, einen Toten aus dem Wasser zu fischen.

Unsinntige Wetten dieser Art haben oft genug unheilvolle Folgen gehabt. Der Rotterdammer

hatte erst vor kurzem in Newyork einen unglücklicheren Vorgänger. Dort wettete ein Arbeitsloser um einen geringen Betrag, von der 42 Meter hohen Brooklyn-Brücke ins Wasser springen zu wollen. Er ließ sich in voller Kleidung in die Tiefe fallen. Ein Tuch, das er in den nach oben gestreckten Händen hielt, sollte seinen Körper in senkrechter Lage erhalten. Das Mittel wirkte nicht, und der Aufsprall auf dem Wasser kostete dem Wettkämpfer das Leben.

Ein Sprung in den Niagara war verschiedentlich Gegenstand einer Wette. Für den Brückenspringer Danovan, der bei dieser Gelegenheit 500 Dollar zu verdienen hoffte, endete das Unternehmen tödlich. Bevor der Waghalsige, den man mit schweren inneren Verletzungen aus dem Wasser gezogen hatte, starb, warnte er jeden, den Versuch zu wiederholen. Unter denjenigen, die gleich ihm einer Wette wegen das Unternehmen wagten, war auch ein junges Mädchen, das sich in einem Faß den Wasserfall hinabspülen ließ. Es wurde halb erstickt aus dem engen Gefäß gezogen und erhielt unmittelbar darauf von seinen bekannten amerikanischen Sportsmannes einen Heiratsantrag, den es auch annahm. Seitdem schloß die junge Frau keine Wetten mehr ab. Sie hatte es wohl nicht mehr nötig.

Die Wette, die Jules Verne seinen Helden Phileas Fogg abschließen und gewinnen läßt, nämlich in achtzig Tagen um die Welt zu reisen, würde heute keiner mehr der Beachtung wert halten, nachdem schon der Versuch unternommen worden ist, die gleiche Strecke in fünf Tagen zu durchfliegen.

Dagegen sind Dceanüberquerungen in kleinen Segelbooten, Weltreisen mit dem Fahrrad, Durchquerungen eines Erdteils zu Fuß, Distanzritte über Tausende von Kilometern in den letzten Jahren zum beliebtesten Gegenstand von Wetten geworden. Ein deutscher Kellner wanderte im Fraß und mit einem Tablett in der erhobenen Hand von Hamburg nach Basel. Ein Amerikaner wettete, er würde am Haltestau eines Kleinluftschiffes hängend über Los Angeles fliegen. Dabei fehlte der Motor aus, das Luftschiff trieb steuerlos, wurde herabgedrückt, und der Waghalsige wäre um ein Haar im Aufschlagenden einer in Brand geratenen Erdölquelle zugrunde gegangen.

Junge Leute lieben es, im Vertrauen auf ihre körperliche Leistungsfähigkeit die unsinnigsten Wetten abzuschließen. In Deutschland hörten wir verschiedentlich davon, daß leichtsinnige an akuter Alkoholvergiftung gestorben sind, weil sie gewettet hatten, sie könnten ganz ungewöhnliche Mengen geistiger Getränke vertragen. Ein Kassträger aus dem Hafen von Bordeaux vermaß sich, eine Last von 25 Zentnern eine Viertelstunde weit zu tragen. Er gewann die Wette, doch in dem Augenblick, da

er das Ziel erreichte, rissen ihm die Bauchmuskeln und führten seinen Tod herbei.

Ein russischer Offizier verpflichtete sich während dem Krieg, während eines Artilleriechießens das Gelände kurz vor dem Ziel zu Pferd überqueren zu wollen, ohne getroffen zu werden. Als Kavallerist hatte er keine hohe Meinung von der Treffsicherheit der Schmetterwaffe. Der Irrtum kostete ihn viel Geld, wovon er freilich nichts mehr spürte, da ein Aufklärungs-kommando seine Ueberreste zusammenlesen mußte.

Unter den Kavallerieoffizieren der Vorkriegszeit fanden sich besonders begeisterte und hartnäckige Wettler. Manches Unternehmen dieser Art führte zu Trauonleistungen wie zu denen des bekannten toten Barons von Bomburg. Besonders leidenschaftliche Wettler waren die ungarischen Offiziere. Von einem dortigen Husarenrittmeister wird erzählt, er habe so oft gewettet und immer gewonnen, daß sein Oberst mit Rücksicht auf die anderen Offiziere um die Verletzung des Waghalsigen in ein anderes Regiment bat. Dem Wunsch wurde Folge geleistet. Der Rittmeister meldete sich bei seinem neuen Kommandeur, der ihn mit einiger Vorsicht zu genehigen beabsichtigte. Kaum war der offizielle Teil der Vorstellung beendet, da fragte der Rittmeister liebenswürdig: „Wie geht es dem Herrn Oberst nach der Operation?“ Der Regimentskommandant wunderte sich: „Ich bin nie operiert worden!“

„Aber, Herr Oberst, ich wette, Sie tragen von einer erst kürzlich vorgenommenen Blinddarmentoperation noch die Narbe am Leibe.“ Der Kommandeur glaubte, dem jungen Offizier einen ordentlichen Denzettel erteilen zu müssen: „Schön, wetten wir um zehntausend Kronen.“

„Einverstanden, Herr Oberst, dann muß ich aber bitten, daß Sie sich in Ihrem Zimmer in Gegenwart von einigen Zeugen entkleiden und mich nach der Narbe suchen lassen.“ Der Kommandant war damit einverstanden, ließ ein paar Offiziere kommen, entkleidete sich: „Bitte, Herr Rittmeister, suchen Sie!“ Der Wettwütende betrachtete sich den vorgesehnen Bauch eingehend, strich zur Sicherheit noch über die Stelle, wo die Narbe hätte sitzen müssen, und gab sich geschlagen: „Ich habe verloren, Herr Oberst. Ich schicke Ihnen die zehntausend Kronen.“ Er lächelte dabei so liebenswürdig und erfreut, daß der Oberst dachte: „Er ist verrückt, verliert ein Vermögen und lacht dazu!“ Ein paar Tage später gewann der Kommandeur freilich eine andere Meinung von seinem neuesten Schwadronschef. Er erfuhr, daß der Rittmeister beim Abschied von seinem alten Regiment gewettet hatte, er werde seinen neuen Oberst schon am ersten Tag mit der Hand über den nackten Bauch streichen. Die Wette ging um 100 000 Kronen. Es hatte der Rittmeister 90 000 gewonnen.

Das Geheimnis im Kohlenkeller

Schon lange flüsternten die Nachbarn in der Vorstadt Cincinnati, im Hause des alten Volph Doebrich sei etwas nicht in Ordnung. Wie kam es, daß man den Sohn des Besitzers seit drei Jahren nicht mehr gesehen hatte? Warum ging der Alte allen Fragen nach dem Jungen aus dem Wege? Und hatte nicht der eine oder andere im Kohlenkeller des Hauses rumoren gehört, vor allem nachts, als iputte der Geist des Ermordeten? Die Gerüchte nahmen immer größeren Umfang an, und schließlich wurde auch die Polizei darauf aufmerksam, die mit den täglichen Morden in der Millionenstadt an sich schon genug zu tun hatte. Der alte Doebrich wurde eines Tages verhaftet, und eine Hausdurchsuchung fand statt. Die Schulleute machten sich auf die schlimmsten Entdeckungen gefaßt, und doch wurden sie völlig überrascht. Denn als sie in den geheimnisvollen Kohlenkeller eindringen, trat ihnen ein gespenstisches Wesen entgegen, mit kohlgelbem Gesicht, verwildertem Bart und langherabhängenden ergrauten Haaren: „Was wollen Sie hier?“ — „Wir suchen Arthur Doebrich“, antworteten die verdutzten Polizisten. Das Gespenst war wenig erfreut: „Der bin ich. Doch ist es nötig, daß Sie mich hier sitzen.“ Zu ihrem Bedauern mußten die Schulleute den Wiedergefundenen um eine Erklärung für sein Verschwinden ersuchen. Sie hätten wieder alle Veranlassung, sich zu wundern, denn der junge Mann erklärte ihnen, er arbeite an einer Erfindung für Rundfunkgeräte, und weil sein Vater mit dieser „Zeitvergeudung“ nicht einverstanden sei, so habe sich der Sohn vor drei Jahren in den Kohlenkeller zurückgezogen und ihn seitdem nicht mehr verlassen. „Meine Mutter versorgte mich mit dem Essen, und ich habe tüchtig arbeiten können. Wenn Sie mich nicht weiter stören

wollten, wäre ich Ihnen dankbar.“ Leider erwies die Schulleute dem sonderbaren Ersfinder diesen Gefallen nicht, sondern schafften ihn zwangsweise in ein Krankenhaus, da Arthur Doebrich die Folgen seiner Flucht in den Kohlenkeller nicht mehr lange ertragen haben würde.

Tragisches Los eines deutschen Auswanderers

Einem deutschen Auswanderer war es vor einigen Monaten gelungen, in einer australischen Schallplattenfabrik Stellung zu finden und sich dermaßen die Zufriedenheit der Vorgesetzten zu erringen, daß man ihm eine leitende Stellung übertrug. Aber das Glück war von kurzer Dauer. Eines Tages stellte sich infolge einer Kontrolle heraus, daß eine ziemlich große Menge von Schallplatten fehlte. Dafür wurde der Deutsche verantwortlich gemacht. Und man begnügte sich nicht damit, ihn sofort zu entlassen, sondern übergab ihn auch wegen Diebstahlsverdacht der Polizei. Vergeblich beteuerte der Gefangene seine Unschuld. Man erklärte, er würde erst dann freigelassen, wenn er den Schuldbigen angeben könne. Das war dem Manne natürlich nicht möglich. Er hatte bereits zehn Monate in der Untersuchungsanstalt zugebracht und alle Hoffnung aufgegeben. Da trat eines Tages freudestrahlend der Richter zu ihm und teilte ihm mit, man habe die vermissten Platten gefunden. Er sei gerechtfertigt, die Firma bedaure die Angelegenheit und wolle ihn nicht nur wieder einstellen, sondern auch entschädigen. Leider fand der Gefangene keine Gelegenheit mehr, sich des neuen Glückes zu freuen. Als er die Erklärung des Richters entgegengenommen hatte, rührte ihn der Schlag. Die Freude war zu groß gewesen.

Der neue badische Landeskommandant

Zum Landeskommandanten in Baden wurde Major Stemmermann vom Stabe der 5. Division in Stuttgart ernannt.

Major Stemmermann ist ein Sohn des im Jahre 1922 in Baden-Baden verstorbenen Obersten a. D. Stemmermann. Er ist im Jahre 1888 in Nastatt geboren. Er trat im Jahre 1908 als Fähnlein beim bad. Fuß-Artillerie-Regt. Nr. 14 in Strassburg ein und zog als Regiments-Adjutant mit seinem Regiment in den Weltkrieg. Er war in verschiedenen Fronten, zuletzt als Generalstabsoffizier tätig.

In der Reichswehr übernahm er nach Verwendung an der Infanterie-Schule in München, in Verden a. d. Aller und in Ingolstadt die Traditionsbatterie der badischen Artillerie in Ulm a. d. Donau. Von dort kam er zum Stabe der 5. Division in Stuttgart.

Eine peinliche Entscheidung des Reichsgerichts

Oppenheim, 16. Febr. Wie in der gestrigen Sitzung dem Gemeinderat eröffnet werden mußte, hat die Stadtgemeinde Oppenheim bei der Revisionsinstanz des Reichsgerichts in Leipzig den Prozeß auf Zahlung einer Entschädigungssumme an die Stadtgemeinde Böhrenbach verloren. Der frühere Bürgermeister von Oppenheim hat in seiner Dienstenschaft die Bürgerrechtsurkunden verschiedener bad. Gemeinden und sonstiger Waldbesitzer dahin amtlich befähigt, daß der Holzkäufer und die benannten Bürger für die jeweilig angegebenen Beträge die Sicherheit bieten würden. Es hat sich das Gegenteil herausgestellt. Mehrere Waldbesitzer haben sich der Klage der Stadtgemeinde Böhrenbach angeschlossen, wodurch sich die voraussichtliche Schadensleistung der Stadtgemeinde Oppenheim einschl. der Kosten in drei Instanzen auf etwa RM. 145.000 belaufen wird. Die Wirkung für die Umlagesahler ist unübersehbar.

Die Ursache des badischen Erdbebens Das Land am Rhein im Steigen

Freiburg, 16. Febr. Das heftige Erdbeben, das dieser Tage das ganze badische Land heimgesucht hat, hat naturgemäß die Gemüter außerordentlich beunruhigt. Es ist daher nicht uninteressant, daß eine Reihe von Gelehrten aufgrund sorgfältiger Messungen und Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt sind, daß große Teile des Ober- und Mittelrheingebiets bis hinunter ins Ruhrgebiet ständige, wenn auch geringe Höhenveränderungen erleiden. So hat der Essener Geometer Dr. Wehner im Jahre 1931 errechnet, daß das ganze Gebiet südlich des rheinischen Industriebezirks in den letzten 25 Jahren sich um 1-1,5 Zentimeter gehoben hat. Der Freiburger Geologe Hilfer hat ähnliche Bewegungen der Erdkruste im Rheintalgraben zwischen Basel und Mainz festgestellt. An der badischen Rheintallinie sind z. B. die seitlichen Verschiebungen so stark, daß die Bahnverwaltung ihr durch öftere Korrektur bezw. Erneuerung des Schienenmaterials Rechnung tragen muß. Diese Feststellungen decken sich auch mit der Theorie des bekannten Göttinger Geologen Prof. Stille, der der Ansicht ist, daß die Erde sich immer noch im Stadium der „quartären Drogenese“, d. h. der eiszeitlichen Gebirgsbildung befindet, in der die Alpen, Schwarzwald und Vogesen sowie das Rheinische Schiefergebirge entstanden sind. Diese Veränderungen der Erdkruste gehen langsam und unmerklich vor sich, führen aber doch dann und wann zu tektonischen Spannungen, als deren Ausgleich man wohl auch das Beben der letzten Tage ansprechen darf.

Fast eine halbe Million für Arbeitsbeschaffung in Offenburg

Offenburg, 16. Febr. Dem Bürgerausschuß hat der Stadtrat für die nächste Sitzung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das verschiedene Straßenbauten und eine Entwässerungsanlage vorsieht. Für einen Teil der Umgehungsstraße längs der Kinzig werden 65.000 RM. angefordert, für den Ausbau der Ortenbergerstraße (der Straße nach dem Schwarzwald) und die Verbindung der Ortenbergerstraße mit der Hauptstraße durch Ausbau der sog. Grabenallee 111.000 RM. Außerdem ist in Aussicht genommen die Zufahrtsstraße vom Norden der Stadt nach der Stadt zwischen der Gemeinde Bohlbach und dem Bahnhofsgebäude mit 110.000 RM. Entwässerung der Kinzigvorstadt mit Errichtung einer Pumpanlage und Anschluß an die Schwanmühlkanalisation kostet 92.000, andere Straßen- und Kanalprojekte etwa 11.000 RM., insgesamt also nahezu eine halbe Million. In der Hauptsache sollen diese Arbeiten finanziert werden durch Aufnahme verschiedener Darlehen bei der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

An sämtliche Ortsgruppen und Stützpunkte!

Wie bereits durch Rundschreiben mitgeteilt, muß das Propagandamaterial dieses Wahlkampfes von den Ortsgruppen und Stützpunkten unmittelbar bei der Gaupropagandaleitung bestellt werden.

Von einigen Ortsgruppen und Stützpunkten fehlen noch die Bestellungen. — Da eine prompte Belieferung von einer rechtzeitigen Bestellung abhängt, müssen wir von den Ortsgruppen und Stützpunkten verlangen, daß die versäumten Bestellungen sofort — spätester Termin ist der 20. Februar — eingesandt werden. An diesem Tage werden den Kreisleitungen die säumigen Ortsgruppen namhaft gemacht.

Anschrift: **NSDAP. / Gaupropagandaleitung**
Abtlg. Wahlversand
Karlsruhe, Kaiserstraße 133
Telefon 6808 („Wahlversand“ verlangen!)
Postfachkonto NSDAP. Gau Baden
Karlsruhe 371 „Wahlversand“ vermerken!

Heil Hitler!
Gaupropagandaleitung
Abtlg. Wahlversand
van Naach.

— Hier abtrennen! —

BESTELLSCHEIN!

An die
N.S.D.A.P. Gaupropagandaleitung
Abteilung Wahlversand
Karlsruhe
Kaiserstraße 133

Die unterzeichnete Ortsgruppe bestellt hiermit folgendes Wahlmaterial:

Bildplakat Nr. 1: (Hindenburg-Hitler) Großformat (84x119) ———— Stück à 16 Pfg. Kleinformat (60x84) ———— Stück à 11 Pfg.	
Bildplakat Nr. 2: (Bauernplakat) Großformat (84x119) ———— Stück à 10 Pfg. Kleinformat (60x84) ———— Stück à 7 Pfg.	
Bildplakat Nr. 3: (Rechnung) Großformat (95x210) ———— Stück à 15 Pfg. Großformat (84x119) ———— Stück à 10 Pfg. Kleinformat (60x84) ———— Stück à 7 Pfg.	
Bildplakat Nr. 4: (Besen) Format 60x84 ———— Stück à 7 Pfg.	
Schriftplakat Nr. 1: (Allgemeinpolitisch) Format 2 mal 64x84 ———— Stück à 20 Pfg.	
Schriftplakat Nr. 2: (Rußlandfahrer) Format 2 mal 64x84 ———— Stück à 20 Pfg.	
Flugblatt Nr. 1: (Allgemeinpolitisch) ———— Stück à 2,50 % je 1000	
Flugblatt Nr. 2: (Gegen Marxismus) ———— Stück à 2,50 % je 1000	
Brotschüre gegen die K.P.D. ———— Stück à 2 Pfg.	
Brotschüre gegen die S.P.D. ———— Stück à 2 Pfg.	
Zuzüglich Postkosten!	
Der Betrag wurde auf Postfachkonto Karlsruhe 371 eingezahlt, ist durch Nachnahme zu erheben. (Nichtzutreffendes durchstreichen)	
Ortsgruppe bzw. Stützpunkt _____	
Kreis _____	
Name: _____	
Wohnort: _____	
Straße und Haus-Nr.: _____	
Für pünktliche Erledigung der nach dem 20. Februar eingehenden Bestellungen kann nicht garantiert werden!	

15 Monate Gefängnis für einen Betrüger

Pforzheim, 16. Febr. Das Schöffengericht verurteilte den 31 Jahre alten verheirateten Kaufmann Alfred Wilhelm Schulze wegen Betrugs im Rückfall und wegen erschwerter Privatuntersuchung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Schulze hatte sich eine ganze Anzahl Betrügereien zuschulden kommen lassen, er arbeitete mit Erfolg mit angeblichen guten russischen Handelsbeziehungen. Seine Betrügereien haben vor drei Jahren angefangen, als er einen auffeinerregenden Betrag zum Schaden einer 49jährigen Kunstmalerin, die er in seinen Bann gezogen hatte, daß sie ihm 69 Delgemälde im Werte von mehreren 10.000 RM. zum Verkauf überließ, veräußerte. Er konnte die Bilder damals nicht verkaufen und so fuhr er mit ihnen nach Amerika, ohne daß die Malerin von ihren Bildern jemals wieder etwas zu sehen bekam. Für diesen Bilderbetrug hatte er vor der Karlsruher Strafkammer drei Jahre Gefängnis bekommen; Schulze verbüßte den größten Teil seiner Strafe bis zum Februar vorigen Jahres. Seine neuesten Delikte, bereuete er sich nun in Pforzheim zu verantworten hat, betrafen einen Christmader und einen Schreinermeister in Bröhlingen.

Reichshilfe für die Erdbebenschäden gefordert

Nastatt, 16. Febr. Handel, Handwerk und Gewerbe der Stadt haben sich zur engen Zusammenarbeit zusammengeschlossen und in einer gut besuchten Versammlung eine Reihe von Forderungen zu Gunsten des Mittelstandes aufgestellt. Zur Behebung der Erdbebenschäden wurde Reichshilfe aus den Mitteln des Reichsstandsprogramms verlangt. Die Stadtverwaltung soll in diesem Sinne beim Reichskommissar Dr. Gerete vorstellig werden.

Selbstmord auf den Eisenbahnschienen

Bruchsal, 16. Febr. In der Nähe der Bahnstation Wiesental bei Bruchsal wurde am Mittwoch nachmittag die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, der sich vom Zug hat überfahren lassen. Es handelt sich um den 24 Jahre alten Hermann Klinger aus Wiesental, der in einer Zigarrenfabrik beschäftigt war. Die Veranlassung zu der Tat ist noch völlig ungeklärt.

Zwei Jahre Zuchthaus für vorbestraften Einbrecher

Mannheim, 16. Febr. In einer Septembernacht v. J. war der 35jährige Tagelöhner Theophil Biermann von hier mit einem noch unentdeckten Komplizen durch das Oberlicht eines Zigarrengeschäftes in Ludwigshafen eingestiegen und hatte daraus Zigarren und Bargeld im Gesamtwert von 280 RM. gestohlen. Vor dem Amtsgericht Ludwigshafen bestritt Biermann die Tat, wurde aber durch die vorgefundenen Fingerabdrücke einwandfrei überführt. Mit Rücksicht auf seine ganz erheblichen Vorstrafen wegen Eigentumsdelikten wurde Biermann zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wetterbericht

Unter dem Einfluß der großen russischen Zykline, die sich weit nach Deutschland erstreckt, fallen in unserem Gebiet leichte Schneefälle. Die Nachttemperaturen sind im Hochschwarzwald auf 11 Grad, in der Rheinebene auf etwa 5 Grad Kälte zurückgegangen. Wir rechnen bei etwas schwächerem Frost auch weiterhin mit leichteren Schneefällen. Fortdauer des Frostwetters, einzelne Schneefälle, nur zeitweise heiter.

Orte	Wetter	Temperatur C		
		Schnee- decke cm	7 ^{1/2} Uhr höch- ste	tiefste
Bretzheim	Schnee	—	0	4
Ludwigshafen	Schnee	—	4	1
Karlsruhe	Schnee	—	2	3
B. Baden	wolfig	—	2	4
Willingen	heiter	—	11	1
B. Durrheim	heiter	—	11	1
St. Blasien	heiter	—	13	1
Badenweiler	wolkenl.	—	5	3
Schauinsl.	wolkenl.	15	9	9
Reibersa	Nebel	17	11	7
Rheinwasserstand				
Waldshut		208		—5
Basel		114		—5
Breisach		115		—3
Rehl		222		—2
Maxau		398		—9
Mannheim		286		—16
Gaub		über 220		

Gaupostleitung: Dr. Otto Wacker.
Chef vom Dienst: Franz Moraller.
Verantwortlich für Politik: Dr. Otto Wacker; für Kultur, Nachrichten, Sport und Landeshauptstadt, Postwesen: Franz Wacker; für Handel und Wirtschaft, Landtagsberichte und Belangen: Adolf Schmid; für badische Nachrichten: Josef Wenghauser; für Feuilleton und Unterhaltung: Kurt Heber; für Bewegungsteil: Hermann Krauß; für Anzeigen: Helmuth Heber; Amtliche Nachrichten: Verlag: Walter-Verlag G. m. b. H., Karlsruhe.
Regierungsdruck: J. S. Neff, Karlsruhe.



GAUBEFEHL!

Januar 1933

180 neue Führerleser

innerhalb von 2 Tagen in Karlsruhe

50 neue Leser in Baden-Baden

- Das sind die großen Erfolge unseres Kreisauschreibens:

„Großangriff gegen die Juden- und Spießerpresse!“

Karteigenosse! Wirbst Du auch?

Führer-Verlag G. m. b. H. Vertriebs- und Werbeabteilung

SA marschiert im Kreis Adelsheim

Am letzten Sonntag, der strahlend über dem Bauland ausgegangen war, erschollen Trommelschlag und Marschmusik überall in den Dörfern und Städtchen unseres Kreises: etwa 200 SA-Leute, die stolzen Soldaten des Kanzlers, marschierten und warben für das Dritte Reich. Es war eine große Marschleistung, die vollbracht wurde. Großschloßheim, Sedach, Schlierstadt, Zimmern wurden berührt, wachgetrommelt und in kurzen, markigen Worten von den Pp. Große, Senft und Link darauf aufmerksam gemacht, daß am 5. März letztmals Gelegenheit sei, zwischen Volksweltismus und Deutschland zu wählen. Pp. Link setzte sich am richtigen Platze energisch mit dem Zentrum auseinander, was besonders in Sedach sehr nötig war. Dort hatte der katholische Pfarrer eigens wegen des Aufmarsches seine Nachmittagskirche so angelegt, daß es den Sektoren unmöglich gemacht werden sollte, die SA marschieren zu sehen. Die SA kann aber auch warten, und so ist sie eben marschiert, als der Gottesdienst beendet war! Und die Sektoren haben doch gesehen und gehört, was sie sollten!

In Adelsheim, seit langem die Hochburg des Nationalsozialismus, war schon den ganzen Nachmittag alles voll freudiger Erwartung. Mitglieber der stets besorgten und eifrigen Frauenschaft hatten in großen Feldkesseln Kaffee bereitet und Brote gerichtet für die Marschkolonnen der SA. Mit großer Begeisterung wurden die braunen Abteilungen in später Abendstunde bei ihrem Einmarsch begrüßt; manchen Einwohner, der bis dahin abseits gestanden hatte, sah man jetzt die Hand hoch halten. Es entwickelte sich rasch ein frohes Treiben. Vor dem Kriegerdenkmal sprachen die Pp. Große und Senft, und die Zustimmung der zahlreichen Zuhörer war groß, als sie erklärten, keine Macht der Erde werde mehr Adolf Hitler von dem Kanzlerstuhl herunter bringen.

In Drebberken fand der große Marsch seinen Abschluß mit einem Fackelzug der SA, und einer Kundgebung auf dem Marktplatz, wo die genannten Parteigenossen ebenfalls sprachen.

Wir dürfen sicher sein, daß auch diese großartige Veranstaltung viele neuen Freunde unserer Bewegung zugeführt hat.

Theaterabend der NSDAP, Ortsgruppe Graben

Hier fand im bis auf den letzten Platz gefüllten Erbringsaale ein Theaterabend statt, dessen Programm reiflos von der SA bestritten wurde. Die 1. Bad. SA-Kapelle Piedolsheim sorgte mit ihrer schmissigen Marschmusik für einen stimmungsvollen Untergrund, während oben auf der Bühne in prächtiger Weise das immerwährende Ringen deutscher Menschen um die innere und äußere Freiheit des Volkes dargestellt wurde. Das 1. Stück „Braune Felder“ führte uns mitten hinein in den Kampf, der uns heute umtobt, der Kampf des deutschen Volkes gegen die marxistische und bolschewistische Verheerung. Es war ein treues Spiegelbild der Dinge, wie sie heute alltäglich auf uns einströmen.

Als 2. Stück wurde uns ein Ausschnitt aus dem Leidensweg des Tiroler Volkes zur Zeit Napoleons, der Kampf dieser heldischen Männer um ihre Freiheit in gänzender Darstellung vor Augen geführt.

Allen Darstellern darf man für die temperamentvolle Wiedergabe danken; es waren sehr gute Leistungen, die da über die Bretter gingen.

Eine Gabenverlosung zugunsten notleidender SA-Kameraden fand schnellen Absatz. Herr Eisenbahnsekretär Pfeil, der einleitend einige begrüßende Worte gesprochen und dabei auch des furchtbaren Unglücks in Neunkirchen gedacht hatte, hieß am Schluß noch besonders die Vertreter des Stahlhelms willkommen und betonte die Notwendigkeit nationaler Zusammenarbeit. Er weist hin auf die symbolische Handlung der beiden Theaterstücke und bittet zu werben von Haus zu Haus, von Ort zu Ort, damit es wahr werde, was Millionen schon ersehnen: ein freies starkes Deutschland!

Jungvolk-Stamm 109 im Angriff!

„7 Uhr Antreten zur Werbefundgebung“ war am Sonntag, den 12. Febr., die Parole eines jeden Karlsruher Jungvolkjugens.

Gegen 6.30 Uhr kamen die ersten Jungzüge anmarschiert. Der Weisheitsaal füllte sich allmählich. Das ganze Jungvolk, Pänzlein 1, 2 und 8/109 trat vor dem Weisheitsaal an. Meldung an den Stammsführer: 110 Jungas angezogen! Unter den Klängen eines Marsches vollzog sich der Einmarsch.

Nach einer markigen Begrüßungsansprache durch den Stammsführer Hermann Koch und nach einer weiteren Musikeinlage wurde der

Sprechchor „Wir schmieden“ vorgetragen, ausgeführt von dem Jungzug Weisheitsaal, unter der bewährten Führung von Jungzugsführer Erwin Wagner. In selbstloser Weise hatte sich die NS-Spielschar unter Leitung von Liselotte Appenzeller und Herbert Dörr zur Verfügung gestellt, die mit ihren Volkstänzen, wie „Panats“, „Mädel wasch' dich“, usw. einen sehr guten Eindruck hinterließ. Die Hauptfreude des Abends bildete der Jungspielmannszug, der erst vor kurzer Zeit gebildet wurde und das erste Mal auftrat. Man kann Kamerad Ernst Märtel gratulieren, der in so kurzer Zeit mit ihnen einen Marsch und „Ich hatt' einen Kameraden“ einstudierte. Nach einem eindrucksvoll vorgetragenen Gedicht durch den 3. V. Kameraden Karl Messert, „Treu zu Hitler!“ sprach Fähnleinführer Helmut Kolb über Zweck und Ziele des Jungvolks! Anschließend gedachte er der Toten von Neunkirchen, wobei sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben und die Kapelle „Ich hatt' einen Kameraden“ intonierte.

Nach der Pause kam das Theaterstück „Der Hitlerjunge“, das von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann kam noch ein Sprechchor, den Schluß bildete das gemeinsam gesungene „Deutschlandlied“, sowie das „Horst-Wessel-Lied“.

Wenn man das Ganze überblickt, so darf man wohl sagen, daß die Veranstaltung ihren Zweck erfüllt hat. Es war der erste Werbeabend dieser Art und wird allen Beteiligten in guter Erinnerung bleiben.

Am kommenden Samstag wird bei der Hitlerjugend-Werbefundgebung in Ettlingen dieselbe Vortragsfolge zur Aufführung gelangen.

Aufbauarbeit der NSD. Kreis Karlsruhe

Der Vormarsch geht weiter!

Die Kreisleitung der NSD. hatte am 10. d. M. in den „Randsnächten“ die Amtswalter zu einer Sitzung zusammengerufen. Es verdient festgehalten zu werden, daß diese Tagung alle bisherigen in jeder Beziehung übertraf. Die Zahl der Amtswalter wird immer größer, womit gesagt ist, daß sich immer mehr Mitarbeiter bereit finden, um an dem Aufbau der NSD. mitzuwirken, ihre Kräfte einzusetzen zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes und damit gleichzeitig zu kämpfen für die Befreiung des deutschen Arbeiters.

Die Tagung erhielt insofern besondere Bedeutung, als sich auch Vertreter der NS-Bauernschaft und der Beamtenorganisation sowie der PD. eingefunden hatten, um in gemeinsamer Besprechung die Einheitslichkeit im Kampfziel und bezüglich der Propaganda herbeizuführen.

Kreisleiter Steiger konnte die äußerst gut besuchte Versammlung mit dem Hinweis auf diese Tatsache eröffnen.

Ein glückliches Zusammentreffen, daß gerade am Freitag die Rede unseres Führers Adolf Hitler am Radio zur Uebertragung gelangte. Im Sitzungssaal wurde daher ein Lautsprecher aufgestellt, und als Dr. Goebbels mit dem Stimmungsbericht über die Sportpalastversammlung begann, schloß sich jeder Amtswalter dem Randsnächtsaal an und in den Berliner Sportpalast verlegt, gleichsam diese historische Stunde und den Begeisterungstau mel miterlebend und davon mit forgerissen. Die programmatische Rede unseres Führers, die wie wichtige Hammerschläge fiel, wurde in tiefster Stille aufgenommen. Als am Ende der Rede das Horst-Wessel-Lied erklang, erhoben sich im Saale auch die Amtswalter, um in den Gesang miteinzustimmen.

Es folgten hierauf die vorgezeichneten Referate der Pp. Gentner, Barth, Grassberger und Aberle. Pp. Gentner erwähnte eingangs seiner Rede ganz richtig, daß nach dieser großen Stunde es schwer sei, sich wieder zurückzufinden; aber seine Ausführungen zu den wichtigsten Paragrafen des Betriebsrätegesetzes und über die bevorstehenden Betriebsrätewahlen fanden doch aufmerksame Zuhörer.

Es folgte das Referat des Pp. Barth über die Sozialversicherungen und über die demnächst erfolgenden Wahlen zu den Allg. Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen usw. Viel Arbeit ist notwendig, damit der marxistische Einfluß in diesen Stellen gebrochen werden kann.

Ueber die Bedeutung der Presse, Berichterstattung über das Verhalten unserer Gegner, über die Abwehr marxistischer Lügenpropaganda referierte Pp. Grassberger, worauf Pp. Aberle das Wort erhielt. Ziel und Erfolg der Propaganda seien abhängig von der intensiven Mitarbeit jedes einzelnen Kamera-

den. Jeder müsse im Monat Februar den zweiten Mann bringen. Es darf kein Betrieb im Kreis Karlsruhe geben, ohne eine Betriebszelle. Stärkste Arbeitsleistung muß gefordert werden, damit das Ziel erreicht werden kann: Eroberung der marxistischen Arbeiterkraft und der Betriebe!

Reicher Beifall besohnte die einzelnen Referenten für ihre Ausführungen.

Pp. Schott von der NS-Bauernschaft erläuterte die Ziele dieser Bewegung. Das Wohlergehen des Bauern bedeutet Verdienst und Brot für den deutschen Arbeiter und umgekehrt. Arbeiter und Bauern bilden eine Schicksalsgemeinschaft.

Pp. Streit, Ortsgruppe Mühlburg (PD.) äußerte sich über das Zusammenwirken zwischen PD. und NSD. und gab manche beachtenswerte Anregung.

Die Tagung war ein voller Erfolg. Als Schulung für die Amtswalter von großer Bedeutung und mit Unterbrechung dieses Ergebnisses konnte Kreisleiter Steiger unter dreifachem „Sieg Heil“ die Versammlung schließen.

Es verdient noch Erwähnung, daß vor Beginn der Sitzung eine photographische Aufnahme der Amtswalter erfolgte. Eine Aufnahme wird dem „Arbeiterium“ mit einem Ueberblick über das Wirken und Schaffen der NSD. Kreis Karlsruhe zugehen, um zu beweisen, daß wir im Südwesten unseren Mann stellen.

Große Freiheitskundgebung der Ortsgruppe Offenburg

Wie in allen Städten Deutschlands, so wollte man auch hier in Offenburg das Ereignis der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nicht vorübergehen lassen, ohne eine entsprechende Feier abgehalten zu haben. Den Auftakt dieser Freiheitskundgebung bildete ein Fackelzug durch die Straßen der Stadt.

Dieser Zug, an welchem sich die SA. und die SS. von hier, sowie von auswärts, sowie der Stahlhelm beteiligten, wurde von einer imposanten Menge flankiert. Das Trommlerkorps der SA. sowie eine Musikkapelle, unter Leitung des Herrn Musikdirektors Schläger, marschierten an der Spitze dieses Fackelzuges. Auf dem Rathausplatz nahm man Aufstellung, wo Kreisleiter Dr. Rombach eine zündende Ansprache hielt.

Wichtig klang das „Deutschlandlied“ über den Rathausplatz.

Die Kundgebung in der Michelhalle

Als Ortsgruppenführer Pp. Rombach die Freiheitskundgebung in der „Michelhalle“ eröffnete, war der Saal dicht gefüllt. Zu Ehren

der im Weltkrieg Gefallenen, sowie der SA- und SS-Leute, welche ihr Blut für die Bewegung gegeben haben, wurde das Lied vom guten Kameraden gesungen. Pp. Rombach fand herzliche Worte der Begrüßung für die SA. und SS., für den am Fackelzug sich beteiligenden Stahlhelm und Pp. von Raay-Karlsruhe. Redner wies auf die Entwicklung der NSDAP. hin.

Vom SA-Mann Genderte wurde ein Aufsatz vorgetragen, welcher von den Anwesenden mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Herr Dr. Baur-Gengenbach sprach im Auftrage des Stahlhelms und unterstrich vor allem Dingen, daß es nunmehr darauf ankomme, die nationale Front zu härten und die Stellung bis zum endgültigen Siege auszubauen. Die Sängerkapelle der SA. trug durch das Lied „Das Herz gehört dem Vaterland“ dazu bei, die Freiheitskundgebung zu verhöhnern.

In einer temperamentvollen Ansprache führte Pp. von Raay-Karlsruhe aus, daß die NSDAP. gewillt sei, jedem die Hand zu reichen, der das ehrliche Bestreben habe, am Aufbau des Staates mitzuarbeiten. Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer der NSDAP. auf den Reichskanzler Adolf Hitler, schloß er seine Ansprache, welche in der frenetischen Beifallskundgebung ihren Widerhall fand.

Ortsgruppenführer, Pp. Rombach, dankte dem Redner für seine klaren Ausführungen und dankte auch vor allem dem Musikkorps, sowie dessen Leiter. Das Horst-Wessel-Lied bildete den Abschluß der harmonisch verlaufenen Freiheitskundgebung.

Der Kreiskongress

Am vergangenen Sonntag hatten sich über 150 Amtswalter des Kreises Offenburg der NSDAP. im großen Saal der „Michelhalle“ zum ersten Kreiskongress versammelt. Kreisorganisationsleiter, Stadtrat Rombach, Offenburg, eröffnete die Tagung um 9.30 Uhr mit einer Begrüßungsansprache in welcher er auf die Bedeutung des 30. Januar 1933 hinwies und der Toten der Bewegung, sowie der Opfer von Neunkirchen gedachte. Sodann erteilte er Kreisleiter Dr. Rombach, das Wort, der über die Richtlinien sprach, nach welchen in den nächsten Wochen und Monaten gearbeitet werden muß. Anschließend machte Sturmbannführer Amus, Ausführungen über die Zusammenarbeit zwischen SA. und PD. (politische Organisation), Kreispropagandaleiter Baur gab die erforderlichen Anweisungen zur Durchführung des Wahlkampfes. Kreisbetriebszellenleiter Stadtrat Kraus, Kreislandwirtschaftsreferent Bürgermeister Schilli und Kreisfachberater für Beamtenfragen, Volkssekretär Christ, sprachen über die Aufgaben der Sonderorganisationen der NSDAP., Kreispressewart R. Baur über Pressefragen und Kreisorganisationsleiter und Kreisreferent für Kommunalpolitik, Stadtrat Rombach über Fragen der Kommunalpolitik und der Organisation im allgemeinen.

Am Schluß der Tagung sprach der 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, der erste Bürgermeister von Koburg, Maschinenmeister Schwede, zu den Amtswaltern über die Aufgaben des Nationalsozialismus im neuen deutschen Staat wo nun durch opferwilligen Einsatz jedes einzelnen Amtswalters, wie jedes

Eine deutsche Frau meidet Warenhaus und Konsumverein

Volksgeossen gezeigt werden müsse, daß allein nach nationalsozialistischen Grundrissen ein Neubau des deutschen Reiches möglich sei. Bürgermeister Schwede hob dabei besonders auf das Beispiel von Koburg ab, wo die Nationalsozialisten seit 1929 die Verantwortung tragen und bereits Außerordentliches für die Allgemeinheit geleistet haben.

Im Anschluß an die grundlegenden Ausführungen von Bürgermeister Schwede fand noch eine kurze Ansprache statt.

Um 1.15 Uhr konnte der Versammlungsleiter die äußerst anregend verlaufene Tagung mit einem dreifachen Heil auf das deutsche Vaterland schließen.

Briefkasten.

Söllingen, G. Wie wir von der zuständigen Stelle, dem Platinstitut Donedor erfahren haben, ist der Aufruf der Reichsregierung an allen den Plätzen, die unter der Verwaltung dieses Instituts stehen, etwa 70 in Baden angeschlagen worden. Verschiedentlich wurden die Anschläge von gegnerischer Seite abgerissen, jedoch sofort wieder ersetzt. Der Ort Söllingen wird von einem Mannheimer Institut versehen. Vermutlich hat der Orts- oder ein Polizeibeamter die Befehle in Söllingen unter sich. Nach der uns gewordenen Mitteilung müßten die Anschläge an allen Plätzen mit geordnetem Aufschlagwesen gebracht werden.



Landeshauptstadt



„Objektivität“ beim Südfunk

Man ist ja vom Südfunk allerlei gewöhnt und auch heute noch tut er manchmal immer noch so, als ob noch immer die schwarzen und roten Genossen die Geschicke zu leiten hätten. Es fehlte ihnen scheinbar das nötige Verständnis, um zu begreifen, daß das Kapitel Uderwirtschafft abgeschlossen sein muß. Am Mittwochabend wurden kurz nach 22 Uhr die Nachrichten durchgegeben. Alles bekam man zu hören, jeden Mist, den irgend ein Botofubenhäuptling aus dem entferntesten Weltteil zur Lage im Gran Chaco-Gebiet von sich gegeben hat oder ähnliches mehr.

Davon aber, daß der deutsche Reichskanzler am selben Abend eine große, bedeutende Rede, in der er mit dem vergangenen System ins Gericht ging, gehalten hat, davon wurde kein Wort gesagt. Auch wurde weiter verschwiegen, daß diese Rede durch einen Sabotageakt unterbrochen worden war.

Das Verhalten der Stuttgarter Rundfunkgewaltigen wächst sich allmählich zu einem Skandal aus. Wir werden dafür sorgen, daß bei gegebener Zeit auch dieser Laden nach allen Grundregeln ausgemistet wird. Nichts wird verschont.

Das israelitische Wochenblatt hat sich „geirrt“

Das Karlsruher israelitische Wochenblatt ist das kleine völlig unbedeutende Organ der Karlsruher Judenenschaft. Ihm Bedeutung beizumessen hiesse sich selbst zurücksetzen. Nur ist es interessant, so ab und zu einmal in die Spalten dieses Blättchens zu blicken um darin zu blättern, denn was die gesamte jüdische Presse in Deutschland herunterzieht, verdreht, oder verächtlich macht, geschieht hier im Kleinen und Kleinsten im Rahmen von 4 Seiten. Kein anständiger Mensch findet mehr diese Fäulnis anständig, denn allmählich hat sich im Volk die Erkenntnis durchgerungen, daß ein Jude, fühlt er sich seinem Volk und seiner Religion verbunden, eben nur Jude sein kann, der stets verurteilt wird, für sich und dem allhöchlichen Gedanken einen möglichst breiten und ausgiebigen Wirkungskreis zu ergattern.

Am 21. Januar fand im Saale der Eintracht zu Karlsruhe eine „impofante Kundgebung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ statt in der „vor geladenem Publikum, Vertreter der Behörden und Verbände, Bundesvorsitzender Freund, Berlin, über „Weltkrieg — Vaterland — Deutsches Judentum“

sprach. Ueber diese Kundgebung berichtete das israelitische Wochenblatt, dem wir einen charakteristischen Satz entnehmen: „Die Lösung der Judenfrage besteht darin, daß man die

Juden in das Milieu des Volkes hineinzieht, wie z. B. in England, das keine Rassenunterschiede kennt. Frankreich kennt keinen Antisemitismus.“

Wir legen nicht den geringsten Wert darauf, diese Behauptungen zu widerlegen, denn das Blättchen widerlegt sie auf der zweiten Seite nach bestem Wissen selbst, wenn es schreibt: „Antisemitische Zeitungen Frankreichs schieben die Schuld an der Atlantik-Katastrophe dem jüdischen Marineminister Leon Meyer zu.“

Eines hat hier das Andere zur Voraussetzung. Es wäre geradezu ein Wunder, gäbe es in einem Lande, in welchem ein Jude Marineminister ist keine Judenfeinde. — Möglicherweise aber läßt das israelitische Wochenblatt in Karlsruhe mit sich handeln, ob es in Frankreich einen Antisemitismus gibt oder nicht. Befeitigen läßt er sich dadurch ebensowenig wie in England oder Deutschland. Agne.

Achtung! Giftspritze!

Hier in Karlsruhe erzählt man sich auf allen Hintertreppen und auf den Straßen eine Geschichte, die ganz systematisch in Umlauf gesetzt worden ist! Also, da ist eine Zigeunerin in der Straßenbahn gewesen und hat einem Fräulein geweissagt, daß sie noch 15 Pfg. in der Handtasche hätte und einem wohlhabenden aussehenden Mann, daß er 250 RM. in der Brusttasche trage. Das Fräulein soll beschämt und der Mann bestürzt gewesen sein, weil alles genau stimmte. Dann soll die Zigeunerin aber auch Deutschlands Schicksal vorausgesagt haben, nämlich, daß Hindenburg in kurzem am Schlagfluß sterben und Hitler ermordet werden würde. — Aus ähnlicher Quelle stammt wahrlich eine Weissagung, die in vielen Zeitungen wiedergegeben wurde, nämlich, vor 100 Jahren soll prophezeit worden sein, daß die „Koten“ den Bayerischen Wald durchziehen würden und dann würde eine Zeit langen, ewigen Friedens auf Erden kommen! — Sehr geschickt ist beides aufgezaubert aber leider — die Absicht ist zu offensichtlich!

Volksgenossen! Hier ist eine unverschämte und benutzte arbeitende Wache am Werk und wir bitten euch, etwas darauf zu achten, von welcher Seite derartige Erzählungen in Umlauf gesetzt werden! Wir interessieren uns sehr für die Verbreiter dieser Geschichten! Außerdem wissen wir, daß es in unseren Reihen keine derart primitiven Gemüter gibt, die sich durch solche Erzählungen die Zuversicht an unseren endgültigen Erfolg nahmen lassen, denn darauf zielt dieser Schwindel ab! Tretet ihm überall mit aller Entschiedenheit entgegen! Ganz Deutschland wird euch danken!

Zwischen Fasching und Fastenzeit

Mit dem Sonntag Septuagesimä hat die eigentliche Fastenzeit bereits begonnen. Früher war man gewohnt, in diesen Tagen davon zu schreiben, daß der Fasching seinem Höhepunkt zustrebe. In dem kleinen Rahmen allerdings, in dem sich unser heurriger Fasching abspielt, merkt man von einem „Höhepunkt“ nichts. Der Kreis jener, die sich noch den Freuden des Faschingsvergnügens hingeben können, ist — wie man feststellen kann — recht klein geworden. Für die breiten Massen unseres Volkes gibt es längst nur eine große Fastenzeit.

Zwischen Fasching und Fastenzeit: der Mensch gehört immer den zweien Welten zugleich an, die diese Worte und Begriffe andeuten. Er lebt, zwiespältiger Gefühle voll, innerlich unruhig unter dem ernsten und heiteren Januskopf der Tage und der Zeit. Soll er sich freuen und lustig sein, während auf der Schattenseite des Seins jeden Tag soviel Menschen, die keinen Ausweg aus der Not wissen, ihrem Leben ein Ende machen. Zwiespältige Bilder bietet die Natur. Einmal scheint sie dem Frühling verschrieben, das andere Mal aber hat der Winter noch Gewalt über sie, wie selbst in winterlichsten Tagen nicht.

Jedoch der Frühling wird sich einen Weg zwischen Fasching und Fastenzeit.

Das Abitur an den höheren Lehranstalten

Das Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß das schriftliche Abitur am 21. Februar 1933 seinen Anfang zu nehmen hat. Für die mündliche Reifeprüfung dürfte kein einheitlicher Termin festgesetzt werden. Es ist wohl anzunehmen, daß sie im Laufe des Monats März stattfindet. Für die mündliche Reifeprüfung wird vom Ministerium des Kultus und Unterrichts ein Prüfungskommissar er-

nannt. Es kann ein Kollegialmitglied dieses Ministeriums oder ein Professor vom Lehrkörper einer der beiden Universitäten oder ein Direktor einer anderen höheren Schule oder auch der Direktor der eigenen Anstalt sein.

Im Zusammenhang mit der ordentlichen Reifeprüfung der Vorkanfer werden auch die Extraneer oder Schulkinder, die das Zeugnis der Reife zur Universität erwerben möchten, geprüft. Es werden zu diesen Prüfungen nur solche Privatschüler zugelassen, die durch die Staatszugehörigkeit oder durch den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern auf Baden angewiesen sind. Die Prüfung wird im allgemeinen ausgedehnter und eingehender als bei den Schülern der Anstalt vorgenommen; der mündliche Teil der Prüfung schießt sich in der Regel unmittelbar an den schriftlichen an. Für die schriftliche Prüfung können andere Aufgaben gestellt werden als für die Schüler der Anstalt, an der die Prüfung abgehalten wird. Die Verhandlung über den Prüfungsverlauf wird getrennt von demjenigen über die Prüfung der Schüler der Anstalt geführt. Der Rücktritt von der Prüfung nach Beginn des schriftlichen Teils kann von der Prüfungsbehörde für gleich mit dem Nichtbestehen der Prüfung erklärt werden. Die Zulassung zu einer Wiederholungsprüfung findet frühestens nach Ablauf eines Jahres statt.

Sonaten-Abend

Im Konzertsaal der Musikhochschule veranstalteten Dora Matthes und Georg Valentin Panzer einen Sonaten-Abend. Dora Matthes als gediegene Pianistin ebenso bekannt wie Panzer als erster Künstler auf der Viola hatten sich auf ein interessantes Programm geeinigt, das neben Brahms geistvol-

ler Es-Dur Sonate op. 120 Nr. 2 zwei wertvolle Erstaufführungen von Kurt Beythien und Alexander Winkler enthielt. Die Sonate Beythiens in D-Dur ist eine klangvolle, feinsäugig durchgearbeitete Komposition und auch die Sonate E-Moll op. 111 von Alexander Winkler zeigt neben reinem Gefühl für Stil manche charakteristische Merkmale stellenweise unter slavischen Einflüssen. Die Bekanntheit mit diesen beiden vortrefflich interpretierten Werken bedeutet, unbedingt einen Gewinn. Auch der Vortrag der bedeutenden, an erster Stelle stehenden Brahms-Sonate zeugte von Liebe und Achtung für die Eigenart dieses nordischen Meisters, dessen hundertsten Geburtstag wir in diesem Jahre zu feiern haben.

Wenn wir der ausgezeichneten künstlerischen Leistungen der Vortragenden gedenken, so müssen wir noch eines hervorheben und das ist das Instrument, das Panzer an diesem Abend spielte. Wie das Programm vermerkte, entstammt diese Violine der hiesigen Firma F. v. H. Karl Padewet und stellt eine Stradivarius-Kopie dar; wenn man das also nicht wußte, hätte man sie für eine echte „Stradivari“ halten können. Denn die Schönheit des sammetweichen, großen Tones ist so bezaubernd, daß Karlsruhe einen Geigenbauer von solchen Qualitäten besitzt und seine Kunst, die schon heute berühmt ist, trägt ihm unbedenklich den Titel eines ersten Meisters seines Faches ein! Es war ein Abend schöner Eindrücke, die durch reichen Beifall und Blumen Spenden belohnt wurden.

Polizeibericht

Am 15. Februar 1933 ereignete sich gegen 16.40 Uhr Ecke Rhein- und Geibelstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Lieferkraftwagen. Der Verkehrsunfall wurde dadurch verursacht, daß der Radfahrer in übermäßig schnellem Tempo von der Geibelstraße in die Rheinstraße einbog und vor dem ihm entgegenkommenden Lieferkraftwagen, der das Vorfahrtsrecht hatte, sein Fahrrad nicht rechtzeitig zum Stehen bringen

konnte. Personen wurden nicht verletzt; das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Um 15.40 Uhr wurde an der Straßenkreuzung Kaiser- und Ritterstraße eine Fußgängerin durch einen Motorradfahrer angefahren. Die Schuld an dem Unfall ist der Fußgänger in selbst zuzurechnen, da sie beim Überqueren der Kaiserstraße sich nicht vergewisserte, ob die Fahrbahn frei ist und direkt in das Motorrad hineinkam. Sie wurde zu Boden geschleudert und erlitt leichte Verletzungen. Der Motorradfahrer hatte ein mäßiges Tempo eingehalten.

Zur Anzeige gelangte der Führer eines Personkraftwagens, der sich am Mittwoch gegen 20 Uhr beim Befahren der Kaiser-Allee zwischen Handel- und Philippstraße zwischen einem Straßenbahnzug und einem Radfahrer mit seinem Fahrzeug durchzufängeln versuchte, obwohl diese durch vortretend genannte Wegebenutzer belegt war. Er stieß dabei den Radfahrer auf der linken Seite an. Der Radfahrer kam infolge des leichten Anpralls nicht zu Fall.

Fahrlässige Eisenbahntransportgefährdung

Am Mittwoch ereignete sich um 15.30 Uhr auf dem Bahnkörper der Kleinbahn Karlsruhe — Durmersheim bei der Einfahrt des Kraftpostwagens in der Beppelstraße ein Zusammenstoß zwischen der Kleinbahn und einem Kraftkraftwagen. Die Schuld ist dem Führer des Kraftkraftwagens zuzuschreiben, der beim Einbiegen von der Beppelstraße in das Kraftpostwerk das Vorfahrtsrecht außer acht ließ. Durch den Zusammenstoß wurde der Beifahrer des Kraftkraftwagens leicht verletzt. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Die Höhe des Sachschadens ist noch nicht festgestellt.

Fahrraddiebstähle
Im Laufe des Mittwochs wurden an verschiedenen Stellen der Stadt vier Fahrräder von unbekanntem Tätern entwendet.

Festtagsrückfahrkarten an Ostern

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gibt zu Ostern wieder von und nach allen Bahnhöfen Sonntagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer (Festtagsrückfahrkarten) aus und verlängert die Geltungsdauer der Arbeiter-rückfahrkarten entsprechend.

Die Festtagsrückfahrkarten sollen gelten zur Hinfahrt an allen Tagen vom 6. April um 0 Uhr bis zum 9. April um 24 Uhr und vom 13. April um 0 Uhr bis zum 18. April um 24 Uhr (die Hinfahrt muß an den angegebenen letzten Geltungstagen jeweils um 24 Uhr beendet sein); zur Rückfahrt an allen Tagen vom 8. April um 12 Uhr bis zum 10. April um 24 Uhr und vom 13. April um 12 Uhr bis zum 19. April um 24 Uhr (Rückfahrt muß am 10. und 19. April um 24 Uhr beendet sein). Die Arbeiter-rückfahrkarten können während der ganzen Geltungsdauer vom 6. bis 19. April an jedem Tage zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden; die Rückfahrt muß am 19. April ebenfalls um 24 Uhr beendet sein.

Sonntagsrückfahrkarte für historische Fastnachtsveranstaltungen

Für das am 27. und 28. Februar ds. Js. in Billingen stattfindende historische Fastnachts-treiben werden von allen Bahnhöfen im Umkreis von 100 Kilometer um Billingen Sonntagsrückfahrkarten nach Billingen ausgegeben. Die Karten gelten zur Hinfahrt an allen Tagen vom Samstag, den 25. Februar, 0 Uhr bis Dienstag, den 28. Februar, 24 Uhr (Ende der Hinfahrt), zur Rückfahrt an allen Tagen vom Samstag, den 25. Februar, bis Mittwoch, den 1. März 12 Uhr (spätester Antritt der Rückfahrt). — Anlässlich der am 26. und 28. Februar 1933 in Breisach stattfindenden Karnevalsveranstaltung „Bauklettertag am Rhein“ werden am Dienstag, dem 28. Februar, Sonntagsrückfahrkarten mit längerer Geltungsdauer nach Breisach von allen Bahnhöfen im Umkreis von 50 Kilometer um Breisach ausgegeben. Die Karten gelten am 28. Februar von 0 Uhr bis 24 Uhr (spätester Antritt der Rückfahrt).

2. Kammermusikabend für Notgemeinschaftsempfänger

Der 2. Kammermusikabend für Notgemeinschaftsempfänger, zu dem sämtliche Eintrittskarten vergeben sind, findet am Freitag, den 17. Februar 1933 — 20 Uhr — im Bürger-saal des Rathauses statt. Für diesen Abend haben sich Frä. Emmy Seiberlich vom Bad. Landestheater (Gesang) Frau Voigt-Schweiz-

fert (Violine) und Frau Frenk-Noth (Klavier) zur Verfügung gestellt.

Das Programm ist den Klavieren Mozart und Beethoven gewidmet. Von Mozarts Werken kommen zum Vortrag die Sonate in B-Dur für Klavier und Violine sowie eine Arie aus „Figaros Hochzeit“. Von Beethoven werden zu hören sein 3 Lieder, Adelaide, Mailied und Neue Liebe, neues Leben sowie die Sonate in A-Dur op. 47 (Kreutzer-Sonate).

Im Schwarzwald verstärkter Frost nach winzigen Schneefällen

Der Winter wollte mit Neuschnee wieder einmal einen Anlauf nehmen, als die Wochens-mitte heranam. Die Neuschneefälle blieben jedoch wieder auf ein winziges Maß beschränkt und haben an den bestehenden Schnee- und Sportverhältnissen nichts geändert. Die Kälte ist wieder bis auf zehn Grad am Feldberg gefunken und kennzeichnet sich durch ihren regulären vertikalen Verlauf als normale Winterfälle, die einen gewissen Bestand erwarten läßt. Am Feldberg ging auch tags-über der Thermometer nicht über den Gefrierpunkt, in anderen Tagen und Gegenden nur leicht darüber. Die Kälte ist ziemlich gleichmäßig über das Gebirge und das Land verteilt. Feldberg zehn, Schwarzwald neun, die Hochtäler fünf, die Hochebene der Saar — verhältnismäßig mild — ebenfalls fünf, der Heidelberger Odenwald wieder fünf, die Randgebiete vier, die Ebene des Oberrheins zwei bis drei unter Null, eine gleichmäßig verlaufende Kurve, wie man sie nicht immer antrifft.

Karlsruher Tagesanzeiger

Bad. Landestheater: 20 Uhr: Ein Sommer-nachtstraum.
Gloria-Palast: Die unsichtbare Front.
Palastlichtspiele: Mi-Si.
Residenzlichtspiele: Der Diamant des Zaren.
Kaffee Bauer: Künstlerkonzert.
Kaffee des Westens: Künstlerkonzert — Im weißen Hölzl.
Kaffee Museum: Weiterer Abend — Bühnen-schau.
Kaffee Odeon: Künstlerkonzert.
Kaffee Doederer: Das vornehme Abendlokal.
Kaffee Siller: Radiokonzert.
Kaffee Löwenraden: Konzert.
Restaurant Löwenraden: Konzert.
Restaurant Ketterer: Konzert.
Alteutsche Weins u. Bierstube: Radiokonzert.

Keine Katastrophe möglich

Vom Städtischen Gaswerk wird uns geschrieben:
Die Einwohnerschaft von Neunkirchen ist durch die Explosion eines Gasbehälters schwer beunruhigt worden. Es ist deshalb durchaus verständlich, wenn neben dem Ausdruck des Mitgeföhls mit den unglücklichen Opfern der Katastrophe überall da, wo sich Gasbehälter befinden, die besorgte Frage erhoben wird: könnte auch bei uns ein derartiges Unglück passieren?

Um die Frage beantworten zu können, mußte zunächst einmal der Hergang des Neunkirchner Unglücks erkundet werden. Von den vielerlei Meldungen, die anfänglich verbreitet wurden, hat sich folgendes als richtig herausgestellt: An der Stelle, an der das Gas aus dem Behälter entnommen wird, entstand auf bis jetzt ungeklärte Weise eine zirka 75 Meter hohe Feuerfäule. Durch die heiße Flamme wurde die Behälterwand deformiert, die Abflußschleife im Innern des Behälters lag nicht mehr dicht an den Wänden an, Gas trat vom Gasraum in den Luftraum, es bildete sich dort ein explosibles Gemisch, das sich nach wenigen Minuten an der Flamme oder an der glühenden Behälterwand entzündete und zu der verheerenden Explosion führte.

Der in Neunkirchen explodierte, noch nicht zwei Jahre alte Behälter, unterscheidet sich im Prinzip und in allen konstruktiven Einzelheiten wesentlich von den in Karlsruhe aufgestellten Behältern. Man bezeichnet den einen, wegen des Abdrückorgans, als trockenen oder Scheiben-Gasbehälter, die anderen als nassen oder Glocken-Gasbehälter. Die unterschiedliche Bauart bedingt bei den "trockenen" Behältern neben dem Gasraum einen geschlossenen Luftraum, der um so größer wird, je weniger Gas sich im Behälter befindet und umgekehrt. Beim freistehenden "nassen" Gasbehälter fällt der Luftraum fort. Eine infolge von Undichtigkeiten ausströmendes Gas kann also beim nassen Gasbehälter sich nicht in einem geschlossenen Raum sammeln und mit Luft vermengen, sondern muß sich im freien verflüchtigen. Damit fällt eine Vorbedingung für eine Explosion fort.

Wie würde sich nun der Glockengasbehälter verhalten, wenn er durch eine mächtige Stichtamme gefährdet wäre?

Würde die Flamme an der Behälterglocke selbst entstehen und man würde sie aus irgend einem Grunde nicht zu löschen versuchen, dann würde der Behälter allmählich leerbrennen. Rame die Flamme von außen an den Behälter heran, dann könnte durch die heiße Flamme nach einiger Zeit wohl eine Deformation einzelner Behälterteile eintreten, es könnten dann auch die Wasserverklopfungen aufgehoben werden und das Gas entweichen; alle diese Erscheinungen können aber niemals eine Explosion hervorrufen, sondern nur ein Ausbrennen des Behälters herbeiführen. Während in Neunkirchen zwischen dem Entstehen der Stichtamme und der Explosion nur wenige Minuten vergingen, würden die eben geschilderten Vorgänge am nassen Gasbehälter geraume Zeit beanspruchen, so daß auch die Möglichkeit einer erfolgreichen Bekämpfung des Brandes gegeben wäre.

Endlich wäre noch der Fall denkbar, daß statt reinem Gas durch fehlende Fabrikationsgänge ein explosibles Gemisch in den Behälter gelangt. Ein derartiges Vorkommnis kann als ausgeschlossen betrachtet werden, weil in einem normal geführten Gaswerk zwischen jedem einzelnen Betriebsabschnitt verschiedene Kontrollen persönlich und automatisch so oft vorgenommen werden, daß jede Unregelmäßigkeit in der Zusammensetzung des Gases wahrgenommen und beseitigt werden kann. Seit rund 120 Jahren werden die zum meist üblichen "nassen" Gasbehälter auf den Gaswerken verwendete, eine Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Karlsruhe' Publikum, insbesondere die Bewohner der Altstadt, brauchen demnach keinerlei Gefahren für Leben und Gesundheit durch die Nähe des Gaswerkes zu befürchten.

Hauptversammlung des Turnvereins Karlsruhe-Mittheim

Der Turnverein Karlsruhe-Mittheim hielt am vergangenen Samstag seine ordentliche Hauptversammlung ab, in deren Verlauf die Aktivität reges Interesse am Vereinsgeschäft bekundete. Die Berichte des 1. Vorsitzenden, des Schriftwarts und der einzelnen Fachwartes zeigten von der großen Arbeit, die der Verein auch im vergangenen Jahr im Dienste der Leibesübungen leistete. Die Kassenverhältnisse sind der Zeit entsprechend geordnet. Dem Gesamturnrat wurde einstimmig Entlastung erteilt und die zur Neuwahl stehenden Turnratsmitglieder für die nächste Wahlperiode einstimmig wiedergewählt. Mit der Hauptversammlung verband der Verein gleichzeitig die Ernung seines Turnwarts Heinrich Erb für

Abelschhofen
Unserem lieben Pa. Scharführer Plutowsky und seiner Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Trupp Abelschhofen St. 14 / 109
ges. Heitler.

10jährige Turnwartstätigkeit. Im Auftrag der Aktivität überreichte der 1. Vorstand G. U. d. E. dem verdientvollen Turnführer ein Geschenk und gab gleichzeitig dem Wunsche der Gesamtaktivität Ausdruck, daß der Geehrte noch lange dem Verein als Oberturnwart vorstehen möge. Für 25jährige aktive Mitgliedschaft wurde ferner der Turner Rudolf P. A. L. zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Als nächste Veranstaltung findet am 12. März ein Bühnen-Schanturieren aller Abteilungen statt. Nachdem noch verschiedene interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Besammlung geschlossen mit einem begeisterten Appell von Oberturnwart Erb zum Besuch des Deutschen Turnfestes in Stuttgart.

6. Stuttgarter Sechstagerrennen

Start heute, Freitag, abend in der Stadthalle
Nachdem 8.30 Uhr in 5 Vorläufen, 2 Zwischenläufen und Endlauf der Wintermeister der Sportarena ermittelt ist und mit der Goldenen Medaille seine Ehrenturne absolviert hat; dann in einem 200-Munden-Punktetfahren 23 Fahrer, darunter die besten Amateure Süddeutschlands, um den Sieg gekämpft haben, wird sich die bunte Schlange der Sechstagerfahrer auf die lange Reise begeben, und schon die ersten Wertungen um 11.30 Uhr werden einen Maßstab über die momentane Spurtstärke der Fahrer ergeben. In raschem Wechsel folgen dann die durchgehenden Nachtspurs: um 12 Uhr der Winternachtspurt der Handelshof AG, um 12.30 Uhr der Otto-Breitling-Spurt und um 1 Uhr der Spurt um den Preis der Robert Bosch AG. Wertungen folgen dann wieder 2.30 Uhr mit 10 Spurts. Vor und nach diesen Wertungen werden von der Rennleitung besondere Wertungen — in Form von Temporunden — eingelegt, welche als Neuerung anzusehen sind, sich aber bisher in anderen Städten gut bewährt haben. Die Starterliste hat infolgedessen eine Veränderung erfahren, als der Dresdner Maidorn an Grippe erkrankt ist und an seiner Stelle der Tour-de-France-Fahrer Umbenhauer, Nürnberg, als Partner Fundas verpflichtet wurde. Die Teilnehmerliste sieht demnach folgendermaßen aus: Vinare — Dinale (Italien), Giebler (Stuttgart) — Deitreich (Frankfurt), Jan van Kempen (Holland) — Neffiger (Breslau), Hürtgen (Aachen) — Goebel (Dortmund), Ties (Berlin) — Preuß (Breslau), Merlo (Schweiz) — Altenburger (Stuttgart), Fijnenburg (Holland) — Nischl (Schweiz), Kilian — Pühfeld (Dortmund), Wambst — Mouton (Frankreich), Gilgen — Bühler (Schweiz), Siehl — Reiländer (Frankfurt). Der am Sonntag aus Zürich eintreffende Extrazug ist voll besetzt, ebenso herrscht aus ganz Württemberg und Baden rege Nachfrage nach Eintrittskarten, da die Reichsbahn auswärtigen Besuchern 33 1/2 % Fahrpreis-Ermäßigung gewährt. Die Stuttgarter Straßenbahn verkehrt während des Sechstagerrennens von und zur Stadthalle die ganze Nacht.

Achtung!

Sehr wichtig!
Parteigenossen! Parteigenossen!
Seit 14. d. M. erhält „Der Führer“ ebenfalls alle amtlichen Bekanntmachungen der Staatsbehörden des Landes Baden. Also auch die Bekanntmachungen des Bezirksamtes usw. werden im „Führer“ erscheinen.
Dadurch fällt ein Agitationsgrund der lauwarmen Spiekerpresse weg. Deren Werber können nicht mehr behaupten, daß uns diese Bekanntmachungen fehlen.

Unsere Parole heißt:
Werbt für den „Führer“!
„Generalangriff auf die Juden- und Spiekerpresse!“
Führer-Verlag G. m. b. H.
Vertriebs- und Werbeabteilung.

Am Schwarzen Brett

Kreisleitung Karlsruhe
Wir bitten unsere Parteigenossen und Freunde um Ueberlassung etwa noch vorhandener Feld-Telefons mit zugehöriger Leitung. Meldung, wo dieselben abgeholt werden können nach der Kreisleitung, Sammlstraße 11 erbeten. Telefon 8101.

Ortsgruppe Weierfeld
Am Samstag, den 18. Februar 1933 findet im „Weierhof“ ein „Deutscher Abend“ statt. Das politische Referat hat Pa. A. Fehrman übernommen. Beginn 20 Uhr. Wir bitten um zahlreichen Besuch.
Der Ortsgruppenleiter.

Um in Zukunft Verzögerungen bei Redner-einteilung zu vermeiden, bitte ich um Beachtung meiner jetzigen Adresse:
W. A. Berle, z. Bt. Karlsruhe, Leopoldstraße 41.

Sprechstunden für Jungvolkangelegenheiten
jeweils Dienstags und Freitags von 15-17 Uhr auf der Banngeschäftsstelle der S.-J., Kaiserstraße 128.
Der Stammführer des Jungvolks Karlsruhe
ges. Koch.

Achtung Sänger:
Nächste Probe: Freitag, den 17. Februar 1933, abends 8 1/2 Uhr. Lokal: „Goldener Kopf“, Markgrafenstraße 48. Vollzähliges Erscheinen erwünscht; langes freudige Parteigenossen willkommen.
Abteilung für Volksbildung.

Hauptabteilung IX, Kriegsoferversorgung
Am Sonntag, den 19. Februar 1933, vormittags 10 Uhr, findet in Offenburg im Parteilokal Jähringer Hof (nicht Unionaal) eine Tagung der Kreisfachberater für Kriegsoferv

statt. Es haben sämtliche Kreise, welche Nachricht hiervon erhalten haben ihre Fachberater zu entsenden.

Ortsgruppe Knielingen
Am Sonntag, den 19. Februar 1933 findet in Knielingen im Lokal „Krone“ ein Deutscher Abend statt. Redner: Pfarrer Voges, Eggenstein. Beginn 19.30 Uhr.
Die getrigte Anzeige am schwarzen Brett wurde irrtümlich veröffentlicht.
Der Ortsgruppenleiter.
NS-Frauenchaft, Ortsgruppe Knielingen

Ortsgruppe Bergshausen
Am Sonntag abend 20.30 Uhr spricht Gauleiter Robert Wagner, M. d. L., Reichs-Organisationsleiter-Stellw., in der Krone.
Der Ortsgruppenleiter.

Pa. Gregor Dreher aus Karlsruhe spricht am:
Samstag, den 18. Februar, abends, in Sieb- bach bei Eppingen;
Montag, den 20. Februar, abends, in Eppingen;
Dienstag, den 21. Februar, in Reichartshausen;
Mittwoch, den 22. Februar, in Steinsfurt;
Donnerstag, den 23. Februar, in Weiler;
Freitag, den 24. Februar, in Reichen.

Gauleiter Robert Wagner, M. d. L., stellvertretender Reichsorganisationsleiter der NSD- AP, spricht!
Thema: Die Volkseinstellung nach! am Freitag, den 17. Februar 1933 abend punkt 8 Uhr in der Stadthalle, Baden-Baden.
Deutsche Volksgenossen aller Stände erscheint in Massen!
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Kreisleitung Baden-Baden.

Gernsbach
Samstag, den 18. Februar 1933, abends 1/2 8 Uhr, im Löwenaal in Gernsbach
Großer SA-Verbeabend
veranstaltet vom Sturm 4/11. Musik — Theater — Humoresken.
Unsere Anhänger in Gernsbach und Umgebung sind hierzu herzlich eingeladen.
Sonntag, 18. Februar, abends 1/2 8 Uhr:
SA-Verbeabend im Löwenaal in Gernsbach.

Sonntag, 19. Februar, nachmittags 2 Uhr:
Propagandamarsch und Kundgebungen in Schauern und Lautenbach.
Sonntag, 19. Februar, abends 1/2 8 Uhr:
Propagandamarsch und Kundgebung im Oberstrotz und Hilpertshausen.
Dienstag, 21. Februar, abends 8 Uhr:
Propagandamarsch in Gausbach und Forbach, Kundgebung in Forbach am Rathaus.
Mittwoch, 22. Februar, abends 1/2 8 Uhr:
Versammlung im Gasthaus zum Ochsen in Hörden. Redner: Pa. Fritz Plattner, Karlsruhe.
Freitag, 24. Februar, abends 8 Uhr:
Fackelzug und Kundgebung in Weihenbach. Stellw. Kreispropagandaleitung Gernsbach.

Kreis Buchen
Am Freitag, den 17. Februar findet in Bödingheim eine große Bauernkundgebung statt, bei der Pa. Albert Roth, M. d. L. sprechen wird. Thema: Der Ausbruch der deutschen Nation.
Am Samstag spricht Pa. Albert Roth, M. d. L. in einer großen Kundgebung in Hainstadt und Umgebung über das gleiche Thema.

Kreis Adelsheim
Am Sonntag, den 19. Februar, mittags 2 Uhr und abends 8 Uhr spricht Pa. Albert Roth, M. d. L. in 2 Massenversammlungen in Großscholheim und Adelsheim über das Thema: Das Volk erwacht! Der Sturm bricht los!

Kreis Sinsheim
Am kommenden Sonntag, den 19. Januar findet der dritte große SA- und SS-Aufmarsch im Kreis Sinsheim statt. Es werden folgende Orte berührt: Mohrbach bei Sinsheim, Steinsfurt, Adersbach, Gasselbach, Neckarbischofsheim, Helmhof, Untergimpeln, Obergimpeln, Ehrstädt, Grombach, Reichen. In jedem dieser Orte findet eine öffentliche Kundgebung auf dem Marktplatz oder dem vom Ortsgruppenleiter bestimmten Plage statt. Alle Amtswalter in Uniform haben an diesem Aufmarsch teilzunehmen.
Der Kreisleiter.

Ortsgruppe Hohenwettersbach
Die hiesige Ortsgruppe der NSDAP. veranstaltet am Sonntag, den 19. Februar 1933 abends 20 Uhr im Gasthaus zur Hochburg einen deutschen Abend, verbunden mit Theater-vorführungen. Wir laden Parteifreunde und Parteigenossen von der näheren Umgebung ein. Es sprechen: Pa. Fehrman und Frau Zippelius.
Der Ortsgruppenleiter.

NS-Frauenchaft Ortsgruppe Hauptpost
Heute, Freitag abend Heimabend. Erscheinen unbedingt Pflicht.
Die Ortsgruppenleiterin:
Schlid.

Unser Ziel:

„Der Führer“ die größte Tageszeitung in Baden!

muß durch die Teilnahme sämtlicher Parteiorganisationen an dem

Preisauschreiben - Großangriff gegen die Juden- und Spiekerpresse
verwirklicht werden.

Jede Organisation meldet ihren Vertrauensmann an den Führer-Verlag, Karlsruhe, Kaiserstraße 133, und beteiligt sich an der großen Werbeaktion.
Das Preisauschreiben dauert bis 11. März 1933.
Die Preisträger werden im „Führer“ bekanntgegeben.
Für die besten Werbungen werden festgelegt:

1. Preis 50.- RM. in bar
2. Preis 30.- RM. in bar
3. Preis 20.- RM. in bar
- 4.-10. Preis je eine Volksausgabe Adolf Hitler: „Mein Kampf“

Die Führer jeder Organisation melden nach Schluß der Werbeaktion die besten Werber unter Angabe der Anzahl der von ihnen gewonnenen Bezieser. Diese Parteigenossen erhalten ein Diplom und werden im „Führer“ veröffentlicht.

Führer-Verlag G.m.b.H. • Vertriebs- und Werbeabteilung

Café des Westens
Freitag abend nochmals
Kirchweih in Oberbayern
Kapelle Seppi Wilmes aus Schliersee
sorgt für **Tanz und Unterhaltung** 17510

Badisches Landesstheater
Freitag, den 17. Febr. 1933
* F 19 (Freitagmiete)
Th. Gem. 1101-1200
Ein Sommer-nachtstraum
Phantastisches Lustspiel v. Shakespeare
Dirigent: Schwarz
Regie: Baumhach
Mitwirkende: Bertram, Eberhard, Emarth, Erwig, Benz, Rademacher, Erdin, Albrecht, Jürg, Beh, Sonntag, Hansen, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Böcker, Kloebe, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Zrenka
Anfang: 20 Uhr
Ende: 22.45 Uhr
Preise B (0.60-3.00/2.4)

Cabliou Pfd. 25/28
Cabliou-Filet Pfd. 45 Zander Pfd. 75
Soll. Cabliou, Schellfische, Stöckfische, Goldbarschfilet, Rotzungen, Seelbutt, Salm, Nieren-Wasjesfische . . . Stück 18 Pfg.
Bücklinge Pfd. 18 Sprotten Röhchen 35 Pfg.
Zum Abendbrot köstlich frische Märgelwurst und Marinaden
Beachten Sie mein Fischbestellfenster!
Junge Waisbühnen Pfd. 1.- u. 1.30
Besonders preiswert und gut:
Stuttg. Ananw. 15 Weinsüße 1.-
Weinwürst 30 Gef. Schinken 1.20
Wag. Teewurst 70 Gerweinfurst 1.40
Bierwürst Pfd. 90 Salsami, hart 1.40
Melme Spezialität:
Zähr. Deftstark-Leberwurst ¼ Pfd. 45 s
Lachsbutter 1.15, Markenbutter 1.25
Eier-Zeigwaren Pfd. 45 s, 2 Pfd. 85 s
Kaff. Milchbrot Pfd. 48, 60, 80 s
Kaff. Pfannkuchen Pfd. 30, 40, 55 s
Kaff. Aprikosen Pfd. 75 s
Frühe Ananas, Birnchen, Trauben, Äpfel, Pampelmus, Zitronen, Pummel, Zitronen 10 St. 38 Pfg.
Bilge Obst- und Gemüselieferanten.
Hans Kissel
Feinfischhaus, Telefon 186 und 187.

Café MUSEUM
Heute Freitag
Heiterer Abend
und 17426
Bühnenschau
Morgen Samstag
Kostüm-Ball
mit Prämierung

Sonder-Angebot
Serie I Macco-Batist 4.75
Serie II Popelin 6.75
Hemden nach Maß mit 1 Paar Ersatzmanschetten
BEYER, Waldstrasse 77
17425

Heute abend
Großer Kappen-Abend
zum Landsknecht
17506 Zirkel 31

Nur 1 Markt
Aufschreiben, Zusammenstellen und anprobieren von Damendiebstahl und -wäscher
Schiller Stefanienstraße 44

Mietgefuhe
Zu mieten gesucht:
3 Zim.-Wohnung
part., ob. II. Gauschen.
Miete unter 50 RM.
Beierthelm bevorzugt.
Ang. u. Preis u. 17489
a. d. Führerberl.

Zimmer
Ang. u. R. D. 1911 an den Führerberl.

Stellengefuhe
Stelle gesucht
als Hausgärtin oder selbst.
Alleinmädchen
Ang. u. S. S. 2870 a. d. Führerberl.

Bäckermeister
21 J., sucht Stellung.
Ang. u. R. S. 124 an den Führerberl.

Kontoristin
25 J., tücht. m. guten Zeug., sucht b. Großfirma, sucht f. sofort. Stellung. Ang. u. R. S. 125 a. d. Führerberl.

Lehrstelle
Einst. Ostern 1933. Ang. u. R. S. 126 an den Führerberl.

Lehrstelle
im Autosach, auch als Schlosser gef., fr. starker Junge, 15 J. Ang. u. R. S. 141 an den Führerberl.

Bäcker
25 J., selbst Arbeiter, erf. i. Konditorei, sucht per sof. Stellung. Ang. u. R. S. 142 an den Führerberl.

Bäckerlehre
18 J., beibr. beendet, sucht Stellung. Ang. u. R. S. 137 an den Führerberl.

Mecherlehre
Kaufm., firm in Berufsbuchführung, Buchverrechnung, sucht p. sofort.

Stellung
auch ausw., 25 J., Ang. u. R. S. 122 an den Führerberl.

Maschinenarbeiter
45 J., 12 J. b. Großf., tücht., sucht Arbeit, auch andern. Art. Ang. u. R. S. 138 a. d. Führerberl.

Mädchen
wird Stelle a. Erlernen des Verkaufes gef. Ang. u. R. S. 139 an den Führerberl.

Lehrstelle
für an Ostern a. d. Schule emf. Jungen m. f. Handlch. wird kaufmännische

Lehrstelle
gef. Ang. u. R. S. 127 an den Führerberl.

Mädchen vom Lande
aus gut. Familie, 21 J., a., das gut kochen und nähen kann, mit allen häusl. Arbeiten vertr., sucht pass.

Lehrstelle
an Ostern 1933 gef. Ang. u. R. S. 131 an den Führerberl.

Mecherlehre
f. fr. Jungen an Ostern 1933 gef. Ang. u. R. S. 130 an den Führerberl.

Kauft nur bei Führer-Inserenten!

Das Niobe-Gedenkbuch

-VOLKSPENDE-NIOBE-
Niobe - ein deutsches Schicksal
von Kom. Kapitän F. D. Bufe
Ein Volksbuch für Rm. 2.25
fesselnde Fahrberichte
Augenzeugen schildern die Katastrophe
herrliche See- und Regalbilder
Der Reinertrag fließt der Volkspende zu
Bestellungen durch alle Buchhandlungen oder
Volkspende Niobe, Hauptgeschäftsstelle
Berlin W 9, Poststraße 18, I

Rmflide Anzeigen
Durlach
Feldvereinigung
auf Gemarkung Durlach
Die Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe hat gemäß § 7 des Feldvereinigungsgesetzes Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Durchführung einer Feldvereinigung auf der Gemarkung Durlach in den Gemeinden Auf der Gausenbrücke, Rabenhäuser, Wellenhausen, Auf der Schänemänner, Rothbäder, Im Geleise, Im Emsbühl usw. gestellt.
Der vom städt. Bau- und Vermessungsamt Durlach ausgearbeitete Entwurf 3 nebst Erläuterungsbericht liegt vom 15. Februar bis einschließlich 1. März 1933 während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht der beteiligten Grundbesitzer auf dem Rathaus in Durlach-Aue auf; außerdem wird am Freitag, den 17., und 24. d. M., jeweils nachmittags ein Beamter des städt. Bau- und Vermessungsamtes im Rathaus in Durlach-Aue anwesend sein und Anfragen der beteiligten Grundbesitzer beantworten.
Zur Beratung und Abstimmung darüber, ob die Feldvereinigung nach dem Antrag der Wasser- und Straßenbaudirektion durchgeführt werden soll, wird Landfahrt auf Donnerstag, den 30. März 1933, nachm. 4 Uhr, in das Rathaus Durlach anberaumt.
Hierzu werden sämtliche beteiligte Grundbesitzer mit dem Bemerkten geladen, daß bei Annahme des Antrags der Wasser- und Straßenbaudirektion in derselben Landfahrt die Wahl von 4 Sachverständigen nebst 2 Stellvertretern als Mitglieder des mit der weiteren Bearbeitung des Antrags betrauten Sachverständigenausschusses stattfindet. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige Anträge auf Verteilung einzelner Grundstücke von dem Feldvereinigungsverfahren spätestens in der Landfahrt und zwar vor Beginn der Abstimmung zu stellen sind.
Durlach, den 14. Febr. 1933.
Der Bürgermeister.

Lahr
Bekanntmachung
Die Goldgrubewege im Stadtwald mit Ausnahme des Hilsberg, Geroldstals und Wälders werden mit sofortiger Wirkung für die Goldgrube freigegeben.
Mit dem Eintritt von Landwirten werden die Wege wieder geschlossen.
Lahr, 14. Februar 1933.
Der Bürgermeister.

Rochschule
Anmeldungen zum Tagesschulturn werden jederzeit entgegengenommen.
Lahr, Bismarckstr. 9.

Stangen- und Brennholzversteigerung.
Die Gmng. Stiftungsgemeinschaft Offenbach bestellert am Dienstag, den 21. Februar 1933, vormittags 10 Uhr im „Mappen“ in Lahr aus den nachstehenden Holzungen von:
1. Gemarkung Reichenbach b. 2.
2. Distr. 6 und 7, Eichberg und Schindel: 480 Bauflangen 1.-5. Kl. und Sopfenstangen 1.-4. Kl.;
3. Distr. 5, Gahmert: 280 Stk. Scheiter und Prügel, meistens Buchen, 4 Lohle Schlagraum.
Vorzuger: Forstwart Fedrenbach, Reichenbach b. 2.
4. Gemarkung Schöndorf b. 2.
Distr. 6, Geroldst.: 11 Stk. Scheiter und Prügel: Buchen, Eichen, gem. Vorzuger: Forstwart Haag, Schöndorf.
Bei Barzahlung innerhalb 3 Wochen wird 3 Prozent Rabatt gewährt, bei Scheckzahlung Stundung bis 1. Oktober 1933 unterzinslich.

Stammholzversteigerung
Die Gemeinde Weiffenheim bestellert am nächsten Dienstag, 21. Februar 1933, vormittags 10 Uhr anfangend im Viehschlag im Rheintal:
39 Rabellen bis zu 1,70 fm messend
13 Weiden bis zu 0,61 fm messend
1 Ulme 0,66 fm messend
Am gleichen Tage nachmittags 1 Uhr im Mittelwald:
27 Eichen bis zu 2,06 fm messend
21 Erlen bis zu 0,46 fm messend
6 Birken bis zu 0,59 fm messend
6 Kirschbäume bis zu 1,13 fm messend
1 Weide bis zu 0,72 fm messend
Weiffenheim, 14. Februar 1933,
Gemeinderat.

Damen-Frisiersalon
Haarschneiden, Frisieren, Wasserwellen, Dauerwellen n. dem neuesten Verfahren
Pg. Frau **Mary Stinus**
Sofienstr. 128 3 Stock
Ecke Schillerstr.
N.S. Fahnen-Fabrik
Berlin SW 68.
Hedemannstr. 26.

K R A T Z
Schleiferei
17245
Waldstr. 41

Die Revolution des Faschismus
Stellen unter Mussolini
Bücher-Verlag G.M.B.H.
Abt. Buchvertrieb
Rudolf-Str. 131
Tel. 7900, Postfach
Luisenparkstr. 2265

115 Kaiserstrasse
da wohnt ERB - aber so heißt auch der besonders starke, kunstseiden-plattierte **Spezial-Strumpf**
Er ist gut - und kostet nur . . . RM. **1.25**
Jede Dame sollte einmal den Strumpf ausprobieren; er ist unser Reklamestrumpf
17324

Zu verkaufen
Eleg. Coupé
Opel 4/16, 216, m. 2. Motz. Kar. (Günthe), m. all. neu. Einricht. fabrikbereit, Bauj. 31 zu verk. Preis RM. 700.-
Bar. zu bef. Galtshaus 8. Hofe, W.-Baden-Westf., Rheinlfr. 43.
Email-Kohlenherd
Größe 80x55 m. Schill
RM. 58.-
Ihr alter Herd wird in Zahlung genommen.
Dürr Wilhelmstr. 63

Zu vermieten
3 Zimmer-Wohnung
part. i. d. Klosterstr. mit eigener Bad., Speisekammer, Loggia, W.C., Gen-Simmer, auf April monatlich zu verm. RM. 28. Braun, Klosterstr. 42. 17426
Gut möbl. Zimmer für 1-2 Betten sofort zu verm. Karstr. 29, 5. Et. 17427

Kauft deutsche Waren!
für Landwirtschaft zu best. G. Friedrich Wehr, Karlsruhe, Ludwig-Wilhelmstr. 15. 17484

DEUTSCHEN HELDEN ZUR EHRE
Der Kreuzzug
Vaterländisches Melodram von K. Schlotter
Für Gefallenen - Gedenkfeiern und deutsche Abende
Preis nur 25 Pfennig das Stück
FÜHRER-VERLAG G.M.B.H., KARLSRUHE
KAISERSTR. 133, ABT.: BUCHVERTRIEB
Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 2935, Telefon Nr. 7930

Was für den Landmann die Saat ist für den Kaufmann das Inserat

Deutscher Geschäftsmann gib Deine Anzele dem Führer. Er kämpft für Dein Geschäft gegen Warenhaus u. Konsumverein. Anzeigenannahme Baden-Baden: H. Horre, Stefanienstraße 17, Telefon 591.

Deutliche Schrift ausdrücklich erbeten!

Nr. _____ Die Erledigung jeder Bestellung hängt von der Erfüllung dieser Bitte ab.

Bestellschein

Herr / Frau / Frl. _____ Name des Werbeters

Ort: _____

Strasse: _____

Beruf: _____ Wohnort: _____

zuständige Post: _____ Strasse: _____ Nr. _____

bestellt hiermit zur laufenden Lieferung ab _____ 19 _____

1 Exemplar „Der Führer“

Das badische Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur.
Bezugspreis: RM. 2.10 monatlich zuzüglich Postbestellgeld in Höhe v. 42 Pfg. od. Trägerlohn v. 30 Pfg.
Ich wünsche die Zeitung durch Träger zugestellt zu erhalten*)
Ich werde die Zeitung abholen*)
Ich möchte die Zeitung durch die Post beziehen*)
*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Den _____ Unterschrift _____